G
D

Dove, Karl
Allgemeine politische
Geographie.

G
II

Sammlung Göschen

Allgemeine politische Geographie

Von

Prof. Dr. K. Dove

565422
2. 7. 53

Berlin und Leipzig
Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung · J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp.
1920

SEEN BY PRESERVATION SERVICES
DATE.....

MICROFILMED BY
UNIVERSITY OF TORONTO
LIBRARY
MASTER NEGATIVE NO.:
920322

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung,
von der Verlagshandlung vorbehalten.

Druck
der Spamerschen
Buchdruckerei in Leipzig

Inhalt

Seite

Einleitung 5

I. Größe und Bevölkerung 7

II. Die Verkehrslage 13

III. Politische Bedeutung der Binnenwasserstraßen. Flüsse als Ersatz für freie Meeresstraßen 21

IV. Kolonialländer 40

V. Das Klima und die Staaten 63

VI. Binnengewässer und Staaten 72

VII. Geschlossene Nationalstaaten 77

Register 95

Einleitung

Bevor wir uns der Behandlung der politischen Geographie zuwenden, müssen wir uns klar darüber sein, daß eine Menge von dem, was uns in Hand- und Lehrbüchern unter diesem Namen geboten wird, mit der Lehre vom Raum und seinen Wirkungen nicht das mindeste zu tun hat. Große Abschnitte dessen, was unter obiger Bezeichnung zusammengefaßt wird, gehören der Staatenkunde, der Nationalökonomie und anderen Wissenszweigen an, ja nicht selten finden sich in Lehrbüchern der Erdkunde sogar Erörterungen über Verfassung und über Rechtsfragen, bei denen nicht der leiseste Zusammenhang mit geographischen Untersuchungen mehr besteht. Lassen diese Dinge sich vermeiden, so ist es schon schwieriger, dem Zwiespalt zu entgehen, der dadurch entsteht, daß ein Staat weder ohne seinen Boden noch ohne seine Bevölkerung gedacht werden kann, vielmehr erst durch die Vereinigung beider zustande kommt. Andererseits hat das heutige Leben mit manchen Begriffen gebrochen, die früher als grundlegend galten. Begriffe der Sicherung, welche früher als ausreichend galten, sind durch die moderne Waffentechnik als völlig unzureichend erwiesen. Das einfache Ideal eines Staates, der wenigstens die genügende Nahrung für seine Angehörigen in seinen eigenen Grenzen hervorbrachte, war durch die reinen Industrieländer der Neuzeit längst überholt, bis es durch die Ereignisse der letzten Zeit wieder zu einer weitgehenden Anerkennung gelangte. Hat uns das Beispiel Deutschlands die Wichtigkeit dieser scheinbar längst unnötig

gewordenen Aufgabe eines Staatswesens gezeigt, so führte wiederum die Führung des Weltkrieges vor Augen, wie grundlegend der Besitz bestimmter Mineralien für den Fortgang der kriegerischen Operationen war und wie die Einverleibung des sie hervorbringenden Gebiets geradezu zu einer nationalen Forderung erhoben werden konnte. Die gegen früher völlig veränderte industrielle Tätigkeit hatte ferner zur Folge, daß der Besitz kolonialer Rohstoff- und Absatzgebiete einer Reihe von Mächten in ganz anderem Lichte erschien als ehedem und geradezu als Bedingung zu einem selbständigen nationalen Leben erkannt wurde. Schließlich erschien auf Grund der in letzter Zeit gemachten Erfahrungen die Bindung des Seeverkehrs durch einen einzelnen Staat und der Anspruch auf den Besitz bestimmter für den Verkehr besonders wichtiger Punkte, zumal wenn sie an wichtigen Meeresstraßen gelegen sind, mit dem friedlichen Zusammenleben der Völker unvereinbar.

Aus all diesem ergibt sich, daß der Begriff von staatlicher Freiheit und Selbständigkeit, den frühere Jahrzehnte noch voll anerkannten, gerade in bezug auf die räumliche Machtvollkommenheit maßgebender Staaten nicht mehr volle Geltung besitzt. In ähnlicher Richtung und noch etwas weitergehend bewegen sich die Anschauungen, welche an den Besitz großer Kolonialgebiete anknüpfen und die besagen, daß nicht der Erwerb beliebig großer Ländermassen durch irgendeinen Staat die Anerkennung internationaler Bestimmungen finden solle, sondern daß die Verteilung namentlich der fremden Rohstoffgebiete nach Maßgabe des industriellen Bedarfs der am meisten vorgeschrittenen Völker erfolgen müsse.

I. Größe und Bevölkerung.

Aus dem eben Gesagten geht hervor, daß Größe und Bevölkerung nicht gut eines ohne das andere behandelt werden können. Ein nur wenige Quadratkilometer umfassender Miniaturstaat ist nicht imstande, eine ansehnliche Bevölkerung zu beherbergen. Die mächtigen Stadtstaaten, deren letzte wir in den Hansestädten vor uns sehen, besitzen ihren großen Einfluß nur darum, weil sie auf die Stellung selbständiger Staatsgebilde verzichtet haben und ihre Macht und ihr Ansehen in Anlehnung an das Deutsche Reich erhielten und erweiterten. Umgekehrt sind die Bevölkerungsverhältnisse insofern nicht maßgebend für die Macht eines Staates, als eine gewisse Beziehung zwischen Fläche und Volkszahl bestehen muß, um dem Staat eine Bedeutung zu verleihen. Hier wäre es indessen verkehrt, die absolute Menge als Maßstab zu wählen. Ein Staat mit viel geringerer Bevölkerung, aber guter Organisation vermag selbst einer mächtigen Koalition verschiedener Gegner erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen, wofür das Preußen Friedrichs des Großen und in unseren Tagen eine Zeitlang das Deutsche Reich die besten Beispiele liefern. Es ist deshalb auch ein ziemlich überflüssiges Beginnen, die verschiedenen Staatswesen auf Grund bloßer Einwohnermengen in bestimmte Klassen zu sondern, wobei selbstverständlich nicht allzu große Unterschiede unberücksichtigt bleiben dürfen.

Der Maßstab, auf den die politische Geographie unter keinen Umständen verzichten kann, ist dagegen die Volksdichte.

Ein Staat wie Argentinien mit weniger als zwei, oder wie Brasilien mit kaum über zwei Einwohnern auf dem Quadratkilometer wird trotz seiner Größe nicht zu den besonders mächtigen Erscheinungen auf diesem Gebiete gezählt werden. Umgekehrt würde England und Schottland trotz seiner Kleinheit sich ganz gut als starke europäische Großmacht neben Frankreich blicken lassen können, obwohl es weit weniger als die Hälfte von diesem mißt, während es der Republik an Einwohnerzahl gleichkommt.

Mit der Dichte der Bevölkerung hängt noch ein weiterer Punkt zusammen, der sich auf ihre Verteilung bezieht. Eine möglichst gleichmäßige Anordnung der verschiedenen Volksmassen ist in bezug auf die Sicherheit des Staates und auch im Hinblick auf die Bewirtschaftung größerer Landschaften von Vorteil. Ein gewisser Gegensatz zwischen den einzelnen Landschaften ist allerdings nicht schädlich, aber die Zusammendrängung des größten Teiles eines Volkes in einem kleinen Teil eines Landes kann nie als Vorteil betrachtet werden. Das gedankenlose Nebeneinanderstellen großer Ländergebiete hat in dieser Beziehung häufig genug zu schweren Irrtümern geführt. Es gibt kein besseres Beispiel hierfür als Sibirien. Die beiden Hauptprovinzen dieses ungeheuren Landes, die weit mehr als die Hälfte Europas umfassen, zählen zusammen nicht viel mehr als die Bevölkerung der einen Stadt Hamburg, und es ist klar, daß ein so riesiges Gebiet ohne Menschen eine trennende Wirkung auf die zu beiden Seiten gelegenen Landschaften ausüben muß. Diese Wirkung zeigt sich in besonders ungünstiger Weise im Falle kriegerischer Verwickelungen eines Staats, wie abermals das Beispiel Rußlands aus der Zeit des ostasiatischen Krieges beweist.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die absolute Größe der einzelnen Staaten zu keinem Urteil über ihre Weltstellung

berechtigt. Am wenigsten darf die Bezeichnung als Weltreich auf Grund ihrer bloßen Ausdehnung gegeben werden. So verdiente das römische Reich trotz seines gar nicht übermäßigen Umfanges durchaus den Namen eines Weltreiches, denn es umfaßte wirklich die meisten Länder der damaligen Kulturwelt. So ist dieselbe Bezeichnung ganz entschieden auf das britische Reich anzuwenden, dessen Bestandteile sich nicht allein gleichmäßig über die verschiedenen Kontinente verteilt finden, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein höchst einflußreiches, sich gegenseitig aufs glücklichste ergänzendes Gebiet unserer Erde bilden. Ganz und gar nicht trifft dagegen der Charakter eines Weltreiches auf einen Staat zu, auf den dieser Ausdruck regelmäßig angewendet wurde, nämlich auf das ehemalige russische Gesamtreich, dem verschiedene sehr wesentliche Eigenschaften eines solchen gänzlich fehlten. Zwar bildete es klimatisch und infolgedessen auch wirtschaftlich eine starke Einheit, aber es war weit entfernt von jener Mannigfaltigkeit der Lebenserscheinungen, ohne die nicht einmal ein moderner Großstaat, geschweige denn ein wirkliches Weltreich, bestehen kann. Nur an *eines* mag erinnert werden. Die wichtigsten Beziehungen eines modernen Staates, ein lebhafter Handel über See und eine unmittelbare Verbindung mit den großen Überseestraßen, ohne die ebenfalls kein größeres neuzeitliches Staatswesen eine Bedeutung für die ganze Welt beanspruchen kann, fehlten ihm ebenfalls. Größe und Einwohnerzahl beanspruchten beide gewaltige Summen, denn es handelte sich um weit mehr als die doppelte Fläche Europas und um rund 170 Millionen Bewohner, und doch fehlten diesem Riesenreiche gerade die bestimmenden Eigenschaften, die für das römische und das britische Imperium so bezeichnend sind.

Mit Recht hat H. Wagner darauf aufmerksam gemacht, daß den großräumigen Riesenstaaten des russischen und des

chinesischen Reiches die geschlossene Masse des Kontinentalstaates eignet. Schon aus diesem Grunde können sie keinen Anspruch auf jene allgemeine Geltung erheben, die namentlich das britische Weltreich sich unter den großen Staatswesen der Geschichte erworben hat.

Schwerer ist es, vom geographischen Standpunkt aus den Begriff einer Großmacht festzulegen. Bekanntlich unterschied man deren sechs innerhalb des europäischen Kontinents, bevor der Weltkrieg ausbrach, nämlich Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Irland und Italien. Infolge des Krieges sind nach ihren inneren Machtverhältnissen nur noch vier übriggeblieben, welche Anspruch auf diese Bezeichnung erheben dürfen. Rußland ist in verschiedene Bestandteile zerfallen, ebenso Österreich-Ungarn, an deren Stelle Gruppen von verschiedenen Staaten getreten sind. Zwar sind die nationalen Grundlagen der einzelnen Neuerscheinungen vorhanden, doch bietet die räumliche Anordnung dieser Bildungen die Ursache großer Schwierigkeiten. Diese sind nicht einfach dadurch zu beheben, daß den so entstandenen Staaten irgendein Nachbargebiet zugesprochen wird, da dadurch vielfach Lebensinteressen eines anderen Staates aufs schwerste verletzt werden. Auf diesen Punkt wird weiterhin noch näher einzugehen sein.

Gehen wir dazu über, den althergebrachten Begriff der Mittelstaaten überhaupt zu erörtern, so ist festzuhalten, daß für diesen lediglich die Volksmenge als Unterscheidungsmerkmal dienen kann. Eine Nebeneinanderstellung dieser sogenannten Mittelstaaten ergibt aber ein höchst ungleichmäßiges Bild, bei dem z. B. das riesenhafte Brasilien mit Staaten wie den Niederlanden und der Schweiz gemeinsam aufgeführt werden müßte, oder diese wieder gemeinsam mit einem räumlich so ausgedehnten Gebiet wie Schweden. Schon diese Beispiele zeigen uns überhaupt das Üble aller dahin

gehörigen Zusammenstellungen. Niemand wird behaupten können, daß man das Kulturelle und damit für die Bedeutung eines Staates allein maßgebende Gewicht der Einwohner in den genannten Ländern Europas mit der Bewohnerschaft Brasiliens vergleichen könne. Hier läßt sich überhaupt nur sehr schwer ein rein geographischer Maßstab anwenden. Auch die Messung der politischen Macht nach geographischen Maßstäben ist in diesem Falle nicht angebracht.

Ziemlich schwer hält das Bestimmen irgendeines zuverlässigen Zahlenmaßes, selbst schon für die Abgrenzung der heutigen Großmächte. Unter eine gewisse Grenze, die man etwa auf das Mindestmaß von einigen dreißig Millionen ansetzen kann, wird diese Größe nach unsern bisherigen Erfahrungen kaum anzusetzen sein. Für eine obere Grenze fehlen uns bisher alle erfahrungsmäßigen Feststellungen. Es läßt sich aber sehr wohl denken, daß bei immer weiterem Wachsen der Bevölkerung moderner Riesenstaaten das feste Gefüge solcher Länder infolge der ungeheuren Einwohnermenge nachteilig beeinflußt wird. Nehmen wir an, daß ein Staatswesen wie etwa die Nordamerikanische Union einmal von mehreren hundert Millionen Staatsangehörigen europäischer Herkunft bewohnt sein wird, so ergeben sich daraus für die Einheitlichkeit und die Zusammenfassung der zentralen Leitung doch gewisse schwächende Einflüsse, gegen die auch beim besten Willen schwer anzukämpfen sein wird. Die stumpfe Masse eines Naturvolkes kann von wenigen Menschen beherrscht werden, Hunderte von Millionen hochkultivierter Menschen dagegen, die noch dazu recht verschiedenartige wirtschaftliche und geistige Bedürfnisse haben, wollen individuell behandelt sein, was unter allen Umständen die Form eines reinen Einheitsstaates ausschließt. Die Größe moderner Staatsgebiete unter der Herrschaft hochstehender Kulturvölker wirkt deshalb schon aus diesem Grunde der Bildung straff zentralisierter

Staatswesen entgegen und begünstigt weit eher eine Art von Bundesstaaten. Ob nicht im Laufe künftiger Perioden diese Staatskonföderationen von großer räumlicher Ausdehnung, wie wir sie in den Vereinigten Staaten und bis zu einem gewissen Grade auch im britischen Weltreiche vor uns sehen, den Keim einer späteren Aufklärung in sich tragen, läßt sich mit Sicherheit noch nicht unterscheiden.

Die eigentlichen Kleinstaaten sind, wie schon ihr Name besagt, wieder auf Grund rein räumlicher Verhältnisse von den anderen zu unterscheiden. Sie sind ferner dadurch bezeichnet, daß sie in den Kulturländern nirgends eine selbständige Rolle zu spielen vermögen, wenn man von einigen Zwergstaaten Europas absieht. Ihre kulturelle Rolle, die namentlich in den Zwerg- und selbst in einigen Mittelstaaten Deutschlands der Hauptgrund ihrer Bedeutung war, beruhte vielfach auf höfischen Ursachen und fällt deshalb aus dem Rahmen der geographischen Betrachtung in den meisten Fällen heraus. Eine Ausnahme bilden indessen die kleinen bis auf unsere Tage erhaltenen Stadtstaaten, die besonders da, wo sie eine beherrschende Stellung zum Seeverkehr einnahmen, auch aus geographischen Gründen eine weit über die Bedeutung selbst kleinerer Mittelstaaten hinausgehende Stellung einnehmen. Übrigens ist die Gunst solcher geographischen Verhältnisse nicht etwa nur in der Nähe eines wichtigen Meeres begründet, und es gibt dafür wohl keinen Beweis, der das eindringlicher lehrte, als das Beispiel Frankfurts, das schon als solcher Stadtstaat seine hervorragende Stellung ganz wesentlich seiner im südlichen Deutschland ungewöhnlich günstigen Handels- und Verkehrslage dankte und diese hochbedeutsame Stellung noch jetzt, ein halbes Jahrhundert nach dem Aufhören seiner politischen Selbständigkeit, sich zu wahren, ja sie noch erheblich zu mehren gewußt hat.

II. Die Verkehrslage.

Bei der Entwicklung der internationalen Beziehungen der Kulturstaaten zueinander ist der Weltverkehr eine ihrer wichtigsten Lebensäußerungen. Mag man ihn durch Maßnahmen wie die Gründung eines Völkerbundes auch noch so sehr fördern, so steht doch außer allem Zweifel, daß die unmittelbare Berührung mit seinen Hauptstraßen für jedes Land einen unleugbaren Vorzug bedeutet. Am meisten gilt das selbstverständlich von dem Hauptgebiet des in neuerer Zeit ins Ungemessene gesteigerten Riesenverkehrs, dem Meere. Von allen militärischen Gesichtspunkten soll hier vollständig abgesehen werden, obwohl auch sie sich vollständig nach geographischen Gesichtspunkten behandeln lassen. Da aber der normale Verkehrszustand der verschiedenen Reiche untereinander nicht der Krieg, sondern die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen ist, so müssen diese uns hier in erster Linie beschäftigen.

Als ganz besonders günstig ist die Lage eines Staates an einem freien, an besonders wichtige Schiffsrouten grenzenden Meere anzusehen. Wo ein von Natur nicht freies Meer durch künstliche Kanäle gewissermaßen zu einem solchen umgeschaffen wird und Staaten, die bis dahin an den Charakter von Binnenstaaten erinnerten, an besonders wichtige Seewege angeschlossen werden, da kann in vielen Fällen ihre wirtschaftliche und politische Macht außerordentlich gewinnen. Aber betrachten wir zunächst die Lage charakteristischer Staatsgebilde zur See im Hinblick auf die Machtstellung, die ihnen schon durch diese geographische Einwirkung zuteil wird.

Je stärker ein Staat im Verhältnis zu seiner Fläche an einer für den Verkehr nutzbaren Küste beteiligt ist, um so höher steigt seine Bedeutung im Weltverkehr. Durch die vorhin angedeutete günstige Lage zu den Hauptstraßen wird

diese Bedeutung noch mehr gesteigert. Wir besitzen einen recht guten Maßstab zur Beurteilung dieser Dinge in der Zahl der Bewohner der Hafenstädte von bestimmter Größe und dem Verhältnis dieser Zahl zu derjenigen der Bewohner des ganzen Landes. Dieser Maßstab hat den großen Vorzug, den Anforderungen der neueren Zeit besser zu entsprechen, als die althergebrachte Aufzählung einer Reihe von Häfen ohne Rücksicht auf deren Größe und auf das Gewicht, das sie innerhalb der Siedelungen des betreffenden Landes einnehmen. Das Musterbeispiel eines in allen seinen Lebensäußerungen mit dem Meere auf das engste verknüpften Landes, Großbritannien, wird auf diesem Wege viel deutlicher in seiner Haupteigenschaft dargestellt als durch andere Maße. Gerade für dieses Reich hat man früher auch einen anderen rein räumlichen Maßstab benutzt, die Tatsache nämlich, daß kein Punkt in dem Vereinigten Königreich weiter als 150 km vom Meere entfernt ist. Um die Bedeutung gerade dieses Verhältnisses richtig einschätzen zu können, muß man allerdings auch die Lage der britischen Inseln zu den Hauptstraßen des Weltverkehrs berücksichtigen. Welche Bedeutung die unmittelbare Nachbarschaft der See zu allen wichtigeren Orten eines Landes für dieses besitzt und wie sie dadurch dem betreffenden Staate eine weit über seine Einwohnerzahl hinausgehende Bedeutung sichern kann, dafür bietet uns ein zweites, der Nordsee benachbartes Land ein vortreffliches Beispiel. Norwegen, das seiner Bevölkerungszahl nach nur den kleineren Mittelstaaten vergleichbar ist, übertrifft durch seine Stellung in der Großreederei selbst verschiedene große Mächte der letzten Menschenalter und würde allein dadurch zu den wirtschaftlich einflußreicheren Mächten der neueren Zeit gezählt werden müssen.

Welch anderen Eindruck machen in dieser Hinsicht die reinen Kontinentalstaaten. Ein besonders charakteristisches

Beispiel aus jüngst vergangener Zeit bietet uns das bisherige russische Reich, bei dem höchstens die geringe kulturelle Entwicklung und die vorwiegend auf agrarischer Grundlage aufgebaute Wirtschaft als Ursache dafür anzusehen ist, daß das Drängen nach dem Meere keine stärkeren Grade angenommen hat. Andere Staaten werden in Zukunft verhältnismäßig schwer unter dem Widerspruch leiden, in den ihre Großräumigkeit ihre starke industrielle Betätigung setzt. Gemeint sind in erster Linie die Vereinigten Staaten. Wenn ihre industrielle Entwicklung vorläufig nicht allzu schwer unter der Entfernung vom Meere leidet, so lassen sich auch dafür verschiedene geographische Gründe anführen. Zunächst muß man berücksichtigen, daß das Industriegebiet der Union im Nordosten, also nicht allzu weit von den transozeanischen Weltstraßen entfernt ist und daß eine Reihe schiffbarer Flüsse von guter Beschaffenheit diese Landschaften durchziehen. Auch darf nicht vergessen werden, daß bis kurz vor dem Weltkriege die Hauptaufgabe der Industrie dieses Landes mehr in der Versorgung des eigenen Gebiets als in derjenigen fremder Kontinente lag. Sobald diese mehr und mehr in den Vordergrund tritt und Nordamerika in den Besitz einer immer größeren Handelsflotte gelangt, werden auch die eben erwähnten Nachteile der vom Meere weiter entfernten Landschaften mehr und mehr zur Geltung gelangen. Die Abschnürung der erst in der Entwicklung begriffenen inneren, vorwiegend agrarischen Gebiete vom ungehinderten Weltverkehr durch den Bau der westlichen Prärieländer und der ihnen im Westen vorgelagerten Felsengebirge muß sich dann noch stärker geltend machen als jetzt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dasjenige Gebiet, welches in der Tat gut mit den überseeischen Ländern verbunden ist, später mit den viel schwächer und weniger stark am Seeverkehr interessierten Teilen des Reiches in einen starken Gegensatz treten wird.

Heute ist das zahlenmäßige Übergewicht der nordöstlichsten Staaten noch sehr groß. Es erscheint zum mindesten fraglich, ob bei einer gleichmäßigen Besiedlung der Vereinigten Staaten eine vorwiegend auf die See gerichtete Politik der Union einen so großen Teil der Gesamtbevölkerung hinter sich haben würde, wie es heute noch der Fall zu sein scheint.

Verhältnismäßig günstig ist die Lage derjenigen Staaten, die wie Deutschland wenigstens mit einem Teil ihres Gebiets an ein offenes Meer grenzen. Auch haben die Landschaften Mitteldeutschlands noch den Vorteil, daß sie durch eine Reihe meridional gerichteter Stromlinien wenigstens in eine gewisse Verbindung mit der See gesetzt werden. Im allgemeinen gilt freilich von manchen Landschaften des Deutschen Reiches das Wort H. Wagners, daß ihr persönliches Verhältnis zur See in umgekehrtem Maße stehe wie ihre Entfernung von dieser, auch in politischer Hinsicht.

Recht übel sind in Vergleich zu den eben berührten Staaten die Länder hoher Kultur daran, die vom Meere gänzlich abgeschnitten sind. Ein besonders bezeichnendes Bild einer fast völligen Trennung dieser Art gewährte die bisherige österreichisch-ungarische Monarchie. Wohl hat man versucht, und dies war besonders in der letzten Zeit des Friedens der Fall, ihr durch allerlei künstliche, Triest begünstigende Maßnahmen in ihren maritimen Beziehungen förderlich zu sein. Jetzt indessen, nachdem sich dieses Staatswesen in seine einzelnen Bestandteile aufgelöst hat, haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Die tschechisch-slowakischen Bestandteile der ehemaligen Monarchie bilden, ebenso wie das jetzige Ungarn, einen jener Staaten, die schon im Interesse ihrer industriellen Stellung gezwungen sein werden, sich mit den ihnen benachbarten Staaten auf einen Standpunkt friedlicher Vereinbarung zusammenzufinden. Sie werden deshalb in ihrem eigenen Interesse von einer Handlungsweise

absehen müssen. Ein Beispiel hierfür gewährt auch das Verhältnis der neuen serbisch-kroatischen Nation zu Italien. Selbst bei großem Entgegenkommen von italienischer Seite wird dies Land vom freien Verkehr mit den Gewässern der Adria durch den Bau seiner westlichen Grenzgebiete in hohem Grade abgeschnitten bleiben.

War bei den eben angeführten Ländern eine solche Trennung von den Hauptwegen des Weltverkehrs nicht von entscheidender Bedeutung, so wirkt sie um so nachteiliger für solche Staaten, die ihrerseits lebhaft an dem industriellen Leben unserer Zeit teilnehmen. Jedenfalls bedeutet eine solche Situation, daß sie kaum an der Großindustrie der neuesten Zeit sich beteiligen können und zur Erhaltung ihres Gewerbfleißes einer sehr sorgfältigen Überwachung ihres internationalen Vertragswesens und überhaupt der im Auslande sich abspielenden wirtschaftspolitischen Vorgänge genötigt sind. In einer solchen Lage befindet sich beispielsweise die Schweiz. Derartige Länder leiden übrigens nicht nur unter der Erschwerung billiger Ausfuhrgelegenheiten, wodurch ihre Fabrikation schon von selbst auf die Herstellung hochwertiger Erzeugnisse hingewiesen wird. Dazu kommt noch die Erschwerung billiger Einfuhrgelegenheiten, die für einige Länder, wie gerade wieder für die Schweiz, eine Behinderung einer lebhaften industriellen Tätigkeit insofern bedeutet, als sie die preiswerte Einfuhr der Kohle in vielen Fällen fast unmöglich macht. Der wirtschaftliche und damit zugleich politische Einfluß Englands in manchen durch das Meer mit ihm gut verbundenen Ländern ist der Versorgung dieser Staaten durch die englische Kohle unstreitig in sehr hohem Grade zu danken. Hier spielt der freie Zugang über offene Meeresgebiete in der Tat eine außerordentlich große Rolle. In höchst bedauerlicher Erinnerung haben wir alle noch die starke Abhängigkeit Norwegens von Großbritannien während des

Weltkrieges, der freilich in Friedenszeiten die mannigfachen Vorteile gegenüberstehen, die dieser Reederstaat aus der bequemen räumlichen Verhinderung mit dem für seine Tätigkeit wichtigsten Handelsstaat der Welt zu ziehen vermag.

Es ist neuerdings üblich geworden und namentlich durch die Tagespresse verbreitet, gewisse Vergleiche auf Grund rein äußerlicher Ähnlichkeiten aufzustellen. Das ist namentlich dort der Fall, wo eine ganz lose Vergleichbarkeit mit Großbritannien auf der Insellage und einer dichten Bevölkerung beruht, wie z. B. bei Japan. Sieht man von diesen beiden Dingen ab, so erschöpft sich die Gleichartigkeit der maritimen Bedeutung der beiden Inselreiche eigentlich schon darin. Wer nur das Bild einer Karte Asiens vor Augen hat, ohne sich um Einzelheiten zu kümmern, übersieht leicht gewisse Züge, welche die Unterschiede beider Staaten in ihrer Lage zu anderen recht deutlich erkennen lassen. Welch außerordentlichen Vorteil der Reichtum an Kohlen und die damit vergesellschafteten Eisenerze Großbritannien in der Entwicklung seiner Weltstellung vor allen noch vor einem Menschenalter maßgebenden Staaten gewährt haben, ist zu bekannt, als daß es hier näher behandelt zu werden brauchte. Japan, das heute einen ganz besonderen Wert auf maritime Geltung legt und das im Verfolg seiner Politik auch tun muß, förderte unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges nur etwa ein Zehntel der im Deutschen Reiche geförderten Steinkohlenmenge. Daß die Versorgung einer der englischen auch nicht annähernd zu vergleichenden Handelsflotte dabei bedeutend erschwert wird, ist klar. Es kommt aber hinzu, daß auch eine Großindustrie, welche derjenigen der wichtigsten europäischen Kohlenländer einigermaßen entspricht, auf die Dauer ebenfalls ausgeschlossen erscheint. Wenigstens würde ihr Betrieb dadurch so sehr erschwert werden, daß sie an einen Wettbewerb mit den europäischen und amerikanischen Großindu-

striegebieten nur in beschränktem Umfange denken kann. Daß Großbritannien sich auch eines rein äußerlichen Vorzuges der Lage vor Japan erfreut, wird jedem klar, der der Karte einige Aufmerksamkeit schenkt. Gewissermaßen in einem Halbkreis um die britischen Küsten herum lagern sich nicht allein die Hauptindustrieländer Europas, sondern hier sitzen rund hundertfünfzig Millionen Menschen, auf einen lebhaften Handelsverkehr und Güteraustausch jeder Art mit England angewiesen, in vielen Fällen auch in sehr geringer Entfernung von diesen, die selbst bis zum Hauptverkehrsgebiet Deutschlands zur See nur wenig über dreihundert Seemeilen beträgt, also eine Lage, die die lebhaftesten Beziehungen aller Art um so mehr begünstigte, als die Nachfrage nach Rohstoffen wie nach Fertigware bei diesem Teil der europäischen Menschheit, der mit der Bevölkerung Großbritanniens selbst auf nicht viel unter zweihundert Millionen Menschen veranschlagt werden kann, stets außerordentlich rege war.

Diesem großartigen Bilde stehen nun die maritimen Nachbarbeziehungen Japans in ganz anderer Weise gegenüber. Die unmittelbare Entfernung der wichtigeren Häfen dieses Landes von den Hauptgebieten Chinas beträgt vier- bis fünfhundert Seemeilen. Dazu kommt, daß die gerade gegenüberliegenden Küsten Koreas bereits unter der Winterkälte des asiatischen Nordens zu leiden haben. So günstig wie die Gewässer Nordwesteuropas sind die asiatischen Meere nördlich vom fünfunddreißigsten Breitengrad überhaupt nicht. Das chinesische Volk bedeutet vorläufig wenigstens keineswegs einen Abnehmer der gleichen Art für Japan wie West- und Mitteleuropa für Großbritannien. Bei der ganz ähnlichen Kultur beider Länder und der verhältnismäßig geringen Kaufkraft der breiten Massen des chinesischen Volkes kommt dieses zwar als Abnehmer für eine ganze Reihe von Waren

in Frage, aber doch in ganz anderer Weise als West- und Mitteleuropa für England. Eine Rohstoffdeckung oder eine solche von Halbfabrikaten, wie sie in Europa üblich ist und äußerst anregend auf den gegenseitigen Handel wirkt, wird die Beziehungen zwischen beiden Ländern auch später kaum so lebhaft gestalten, wie sie bei uns bestehen.

Es ist nicht ohne Interesse, die große Europäerinsel in der Nachbarschaft Asiens auch auf die Wirkungen ihrer Lage zur See hin zu prüfen. Der australische Staatenbund, der ja für seinen Verkehr mit andern Kulturgebieten ebenfalls völlig auf die See gewiesen wird, hat gleichwohl nicht die geringste Aussicht, als Seemacht eine Rolle zu spielen, dazu sind seine Küsten und ihr Hinterland viel zu wenig geeignet, zumal wenn die inneren Landschaften erst voll entwickelt sein werden. Das ganze Land ist außerdem in erster Linie auf den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse angewiesen und solche Länder spielen im allgemeinen keine hervorragende Rolle als selbständige Seefahrernation. Obwohl es sich bei der Bevölkerung um direkte Nachkommen der Hauptseefahrernation der Welt handelt, zwingt die Natur ihrer jetzigen Heimat sie ganz von selbst in eine andere Rolle hinein. Dieser Kolonialstaat, den man sich in seinen seemännischen Interessen ebensogut als selbständigen Staat vorstellen kann, liefert also gerade einen der besten Beweise für die Macht der natürlichen Verhältnisse in den Äußerungen staatlichen Lebens. Nicht viel anders ergeht es aus ähnlichen Gründen einem selbständigen Staate, Argentinien, das ebenso wie die anderen Hauptgebiete Südamerikas aus der Zahl der auf See maßgebenden Länder, übrigens aus ähnlichen Gründen wie Australien, so gut wie ausscheidet.

III. Politische Bedeutung der Binnenwasserstraßen.

Bisher galten die Binnenwasserstraßen, sowohl die natürlichen wie die künstlichen, mit wenigen Ausnahmen als Teile der Staaten, welche sie durchzogen, so gut wie man etwa die Eisenbahnen und Straßen als einen Gegenstand betrachtete, mit denen der sie besitzende Staat nach Belieben schalten und walten konnte. Einige Anklänge an eine den Interessen verschiedener Länder gerecht werdende Auffassung sehen wir in neuerer Zeit zwar entstehen, aber erst die dem Weltkrieg folgenden Ereignisse mit ihren Neubildungen vorher nicht vorhandener Staaten lassen es wünschenswert erscheinen, einige besonders wichtige Wasserwege der allgemeinen Benutzung zugänglich zu machen. Die dem Völkerbunde zugrunde liegenden Gedanken legen auch diese Anschauung manchen der besonders interessierten Völker nahe. Sie dienen aber auch zugleich dazu, die Benutzung der Wasserwege, dieses äußerst wichtigen Teiles der Verkehrsstraßen, vor Schädigungen und Behinderungen durch irgendeine einzelne Macht zu verhüten. In der Tat ist auch nicht einzusehen, warum nicht namentlich solche Flüsse und Kanäle, die das Gebiet mehrerer Staaten berühren, international zu treffenden Bestimmungen hinsichtlich ihrer Benutzung unterworfen werden sollen. Für den Politiker ergeben sich hieraus eine Reihe wichtiger und interessanter Fragen. Aber auch vom geographischen Standpunkt aus dürfen wir an den Wasserstraßen als an einem völlig neuen Gegenstande zwischenstaatlicher Beziehungen nicht vorübergehen. Sie werden dadurch auch als geographische Erscheinungen für uns in ein gänzlich neues Licht gerückt und ihnen müssen wir daher unsere Aufmerksamkeit einige Zeit zuwenden.

Flüsse als Ersatz für freie Meeresstraßen.

In keinem Falle tritt uns die Notwendigkeit, einen Fluß völlig zu internationalisieren, deutlicher entgegen als bei der Donau. Nirgends sind die Anliegerstaaten so sehr für ihren gegenseitigen Verkehr sowohl wie für eine bequeme und billige Verbindung mit dem Meere auf eine Binnenwasserstraße in dem Maße angewiesen wie gerade hier. Selbst Österreich bedarf seiner im Falle seines Anschlusses an Deutschland für den Verkehr mit seinen östlichen Nachbarn. In noch viel höherem Grade gilt das von diesen selbst, da sie für viele Gegenstände auch bei einer etwa bestehenden Verbindung mit der Adria auf den billigeren Flußtransport angewiesen sein werden. Selbst Süddeutschland wird kaum ganz auf die Vorteile verzichten wollen, die aus seiner unmittelbaren Verbindung mit dem Osten aus der Teilnahme an einer solchen natürlichen Verkehrsstraße entspringen. Das alles sind Erwägungen rein politischer Natur, deren Folgerungen eben auch dem Politiker und bis zu einem gewissen Grade dem Nationalökonomen zur Entscheidung vorzulegen sind. Der Geograph wird sich in erster Linie darüber klar zu werden haben, in welcher Weise die in Frage kommende Wasserader ihrem neuen Zweck rein verkehrstechnisch dienstbar zu machen ist. Gerade die Donau bietet uns ein charakteristisches Beispiel für diese Frage. Man könnte sich in Anlehnung an die früheren Zustände recht wohl den Fall vorstellen, daß Hindernisse der Großschiffahrt, wie sie am Eisernen Tor bestanden haben, noch vorhanden wären. Ihre Beseitigung wäre jetzt Sache der sämtlichen Anliegerstaaten, da der Strom jetzt zunächst als freie Straße nach und von dem Meere zu gelten hätte. Wie die Kosten solcher umfassenden Änderungen des Strombettes aufzubringen wären, ist eine Rechtsfrage, bei deren Entscheidung die Sachverständigen der

betreffenden Sonderwissenschaften das Wort haben würden. Anders die Frage, an welchen Stellen Änderungen des Strombettes vorgenommen werden sollen, ebenso wo gewisse Maßnahmen zur Sicherung des Verkehrs zu treffen sind. Festzustellen ist unter anderem, wo und wie unter Berücksichtigung der Dimensionen des Stromlaufs ein Ausbau bestimmter Vorrichtungen für die Benutzung durch den internationalen Großverkehr stattzufinden hat, beispielsweise durch die Anlage von ausreichenden Landungsstellen, von Schutzhäfen gegen Eis- und sonstige Gefahren usw. Die Bedürfnisse der Anliegerstaaten für das wirtschaftsgeographische Maß ihres Spezialverkehrs sind ebenfalls auf Grund geographischer Erwägungen zu ordnen, da ihre Ausdehnung ganz wesentlich von den Dimensionen abhängt, die das Flußbett in den einzelnen Abschnitten seines Laufs aufweist. Gewisse dem Verkehr dienende Einrichtungen müssen genau so nach internationalen Vorschriften getroffen werden, wie das auf See der Fall ist. Dahin gehören die Befeuerung geeigneter Stellen, die Betonnung des Fahrwassers und ähnliche Dinge, die, wo es sich um die Erleichterung des Einfahrens gleichzeitig auf dem Meere verkehrender Fahrzeuge handelt, genau an die Angaben der das Meer selbst behandelnden Segelanweisungen anzuschließen wären.

Es ist selbstverständlich, daß auch die wirtschaftlichen Aufgaben, welche die Donau für die einzelnen von ihr durchzogenen Gebiete zu leisten hat, nach geographischen Gesichtspunkten zu erwägen sind. Ein großer Strom verhält sich auch gegenüber den von ihm aufgenommenen und dann in die Ferne beförderten Gütermengen genau wie als Naturerscheinung gegenüber den ihm zufließenden Wassermassen. Wie diese bei zu starkem oder zu schnellem Zufluß schädliches Hochwasser hervorrufen, für das der normale Querschnitt des Strombettes nicht ausreicht, so wird auch für jede Strecke der

für den Großverkehr benutzten Teile eine obere Belastungsgrenze festzustellen sein, deren beliebige Überschreitung gerade im Interesse des internationalen Verkehrs, das heißt aller der Anliegerlandschaften verhütet werden muß. Dazu aber ist auch die Größe der möglichen An- und Abfuhr in den mit dem Strome zusammenhängenden Einzellandschaften und das Maß ihrer Weiterbeförderung genau festzustellen. Man sieht, wir werden hier vor eine Reihe wichtiger geographischer Aufgaben gestellt, die die beste Ausnutzung des internationalen Verkehrs ermöglichen sollen. Um nur eine einzige Frage dieser Art herauszugreifen, sei nur an die Bedeutung erinnert, welche besondere Bestimmungen über einen regelmäßigen Wassertransport des rumänischen Petroleums auf der Bergfahrt durch die verschiedenen Anliegerstaaten erlangen würden, damit nicht andere wichtige Transporte dadurch behindert werden. Man sieht also, daß all diese Dinge uns vor etwas völlig Neues in Sachen des internationalen Verkehrs stellen, das ohne die sorgfältige Prüfung und Heranziehung rein geographischer Feststellungen nicht gut behandelt werden kann.

Der zweite Strom, auf dessen Internationalisierung von verschiedener Seite, unter anderem auch von der Schweiz aus als auf etwas Wünschenswertes hingewiesen wurde, ist der Rhein. Daß auch Deutschland sich einer anderen Behandlung des Gesamtstromes als der bisherigen nicht ablehnend gegenüberstellen würde, ist schon darum anzunehmen, weil auch wir unter der Unbequemlichkeit der Mündungen dieses Stromes auf fremdem Gebiete zu leiden gehabt haben, so daß man bei uns von bestimmter Seite aus sogar dem Gedanken der Schaffung einer Verbindung vom deutschen Unterlauf des Stromes mit unserer Nordseeküste näher getreten ist. Die Ereignisse der letzten Zeit haben dem Gedanken einer Internationalisierung des Rheins auch bei uns zahl-

reiche Freunde erworben. Die Gründe hierfür sind auch geographisch so außerordentlich wichtig, daß sie geradezu als Beweis für die außerordentliche Bedeutung großer Ströme für die politische Auffassung rein geographischer Gegenstände dieser Art herangezogen werden können. Sie zeigen uns vor allem, daß es für die modernen Staaten eine Grenze für die willkürliche Vornahme bestimmter Änderungen in dem von ihnen beanspruchten Gebiet, selbst auf ihrem Grund und Boden, geben muß.

Es handelte sich darum, daß mit dem wahrscheinlichen Verlust des Elsaß der Rhein möglicherweise bis zur Pfälzer Grenze an seinem linken Ufer an Frankreich stoßen würde. Seit Ende 1918 tauchten sofort auf französischer Seite Pläne auf, die Schiffahrt durch in großem Maße erweiterte Kanalisierung vom Oberrhein abzulenken. Damit würden nicht allein die Interessen des südlichen Baden, sondern auch diejenigen der Schweiz in bedenklichster Weise gefährdet. Nebenbei sei an dieser Stelle bemerkt, daß auch später noch zu behandelnde Ansprüche an die Wasserkraft des Oberlaufs durch solche Maßnahmen stark behindert werden würden. Zeigen schon diese Tatsachen, wie wichtig internationale Festsetzungen für diesen Abschnitt des Stromes aus geographischen Gründen sind, so geht dies noch mehr aus folgenden verkehrsgeographischen Punkten hervor. Der von M. Spahn im Januar 1919 im „Tag" behandelte Gedanke, den Rhein gänzlich zu internationalisieren, legt konsequenterweise den künftigen Großschiffahrtsweg Rhein—Rhone, mit anderen Worten die Wasserverbindung zwischen der Nordsee und dem Mittelmeer nahe. Man sieht, eine wirklich großartige Gedankenverbindung in Rücksicht auf ein verkehrsgeographisches Unternehmen ersten Ranges. Dieses verspricht aber einen vollen und ausgiebigen Erfolg nur unter der Voraussetzung einer völligen Umwandlung unserer politisch-geographischen An-

schauungen vom Wesen der Wasserläufe. Jedenfalls steht so viel fest, daß für die hier in Frage kommende Wasserstraße der Zukunft das politische Recht einzelner Staaten an dem Wasserweg selbst, das heißt an seinem Bett und dessen Inhalt, einer Einschränkung zugunsten der Allgemeinheit der Kulturvölker unterworfen werden muß. Unter allen Umständen liegt hier eine der sehr reellen Aufgaben für die Kulturwelt, mag sie sich nun Völkerbund oder sonstwie nennen, wie denn überhaupt solche wirklich greifbaren Aufgaben sich der geographischen Betrachtung von selbst ergeben, wobei sie leichter ins Leben gerufen werden können als die Pläne mehr geistiger Art, wie sie von manchen Seiten diesem Völkerbund in erster Linie vorbehalten werden.

Die beiden hier besonders angeführten Ströme sind übrigens keineswegs darum behandelt worden, um zu zeigen, daß nur solche Wasserläufe einer internationalen Behandlung teilhaftig werden können, die durch das Gebiet mehrerer Staaten dahinziehen. Natürlich sind sie in erster Linie für sie in Aussicht zu nehmen. Es wäre aber falsch, überhaupt nur diese beiden Flüsse hier anzuführen, die ja allerdings das Bedürfnis nach einer Änderung der bisherigen Ansichten über die politischen Rechte der einzelnen Staaten an einen Flußlauf am deutlichsten zeigen. Ähnliche Verhältnisse kommen aber an den verschiedensten Stellen in Außereuropa vor. Von besonderer Bedeutung sind sie auch bei uns noch in anderen Ländern. So sei nur darauf verwiesen, daß die ganze Frage polnischer Ansprüche an Teile der Provinz Westpreußen sich für uns Deutsche damit erledigt, daß man selbstverständlich auch der Weichsel diese Eigenschaft der Internationalität zuerkennen kann und in Zukunft sicher auch wird. Von großer Wichtigkeit ist die hier vertretene Ansicht, daß die politische Geographie gewisse Grundanschauungen und Begriffe ändern sollte, auch für Südamerika. Wenn das Be-

dürfnis nach einer ein für allemal festzulegenden Internationalität des Stromverkehrs sich hier noch nicht in dem Maße gezeigt hat, wie neuerdings in Europa, so liegt das in erster Linie an der Unfertigkeit der dortigen Verhältnisse überhaupt, wird sich aber schon in naher Zukunft mehr und mehr geltend machen. Es sind auch keineswegs nur die dortigen Binnengebiete, wie Paraguay und Bolivien, die ja völlig auf diese Zugänge zum Meere angewiesen sind, sondern auch für Peru, Ecuador und Kolumbien ist diese Angelegenheit infolge ihres eigentümlichen orographischen Baues von allergrößter Wichtigkeit. Die Lage großer Teile der genannten Länder und dazu der fruchtbarsten und aussichtsreichsten im Osten der riesigen Trennungsmauer der Anden bringt mit sich, daß in späterer Zeit, wenn diese Gebiete erst einmal entwickelt sein werden, an einen Großgütertransport zur See von hier aus nur in östlicher Richtung über den Orinoco und den Amazonenstrom zu denken ist. Dann werden die vorhin berührten Gesichtspunkte für diese riesigen und reichen Landschaften, an deren billiger Zugänglichmachung die ganze Kulturwelt ein dringendes Interesse haben wird, unweigerlich eine Ausgestaltung der politisch-geographischen Grundsätze auch hier erzwingen, falls das nicht schon viel früher eintritt. Höchstwahrscheinlich wird dies noch viel eher, ja voraussichtlich in allernächster Zeit in einem anderen Teile unserer Erde der Fall sein. —

Afrika, das sich ja vollständig in Händen europäischer Nationen befindet und wo bei der Jugend seiner politischen Bildungen keinerlei alt eingewurzelte Vorstellungen dem Inslebentreten neuer Gedanken entgegenstehen, ist schon durch seine Verbindung mit Europa berufen, schon in kurzer Zeit nach mancher Richtung der Schauplatz einer gewissen Internationalität zu werden. Was die hier speziell berührte Angelegenheit betrifft, so ist sie für diesen Weltteil schon

darum von ganz besonderer Bedeutung, weil er ohnedies arm an schiffbaren Wasserläufen größeren Umfanges ist. Wo sich solche finden, haben sie einschließlich der den großen Hochlandseen angehörigen Strecken eine solche Länge, daß sie oder ihre Nebenflüsse fast immer das Kolonialgebiet verschiedener Staaten berühren. Ihre Wichtigkeit wird dadurch außerordentlich gesteigert, und bei der Armut Afrikas an schiffbaren Flüssen sind sie erheblich viel höher einzuschätzen als irgendein Strom der an solchen reichen Gegenden der übrigen Welt. Auch von den geographischen Erscheinungen und Objekten gilt in diesem Falle der Satz, daß, wenn sie wirtschaftlich so gut wie unentbehrlich sind und nur auf wenige Stellen des Vorkommens beschränkt sind, ihr zufälliges Vorkommen in einem Gebiet ganz von selbst den Gedanken nahelegt, sie unter ein internationales Recht zu stellen. Von dieser Erwägung ausgehend sind ähnliche Gedanken bis zu einem gewissen Grade bereits in jener Zeit geäußert worden, als die für Afrika einzigartige Erscheinung eines gewaltigen Stromsystems den Europäern bekannt wurde, das durch seinen Wert als Schiffahrtsstraße und die Produktivität seines Gebiets die allgemeine Aufmerksamkeit hervorrief. Zur wirklichen Ausführung sind solche Gedanken bisher freilich nur in einigen Ansätzen gekommen, sie sind zudem durch spätere Ereignisse in ihren Wirkungen beeinträchtigt worden. Erst die neueste Zeit ist berufen, ihnen im Interesse eines ganzen Kontinents und zugleich des wertvollsten Teiles von Europa zu wirklichem Leben zu verhelfen. Auch hier sind eine ganze Reihe geographischer Gründe maßgebend, welche dazu führen, dem angeregten Problem näher zu treten.

Knüpfen wir an das große Stromsystem des westlichen Sudan an, so ergeben sich gleich eine Reihe wichtiger Fragen, die an dieser Stelle Beachtung heischen. Drei in verschiedenen Händen befindliche Länder sind auf den Niger und seinen

großen linksseitigen Nebenfluß, den Benue, angewiesen, das Innere des französischen Westsudan, ferner Britisch-Nigerien und endlich das wichtige nördliche Gebiet von Kamerun. Die Beschaffenheit des Stromlaufs macht für seine volle Benutzbarkeit nach dem Innern zu für die Zukunft gewisse Arbeiten nötig, die man, da es sich um Verbesserungen des Strombettes handelt, als Kanalisierungsarbeiten bezeichnen kann. Was also für den oberen Rhein und voraussichtlich auch für sein Mündungsgebiet nötig ist, das wiederholt sich hier, besonders wenn man berücksichtigt, daß bei dem ungeheuren Wert und der starken Produktivität der Länder, um die es sich hier handelt, die Verwendung zahlreicherer und größerer Fahrzeuge nicht zu umgehen sein wird. Hier ist also unter keinen Umständen der Kulturwelt mit einer bloß auf dem Papier stehenden Neutralitätserklärung des Stromes gedient, die übrigens auch in vielen anderen Fällen endlich von einem wirklich neutralen Handeln abgelöst werden muß, sondern hier sind sogleich verschiedene Aufgaben technischer Natur zu erfüllen, an deren sachgemäßer Lösung nicht nur Frankreich als Binnenstaat, sondern mit ihm die ganze an Afrika beteiligte Kulturwelt interessiert ist. Wie die Kosten für eine derartige Stromregulierung aufzubringen wären, das zu behandeln, ist Sache der politischen Ökonomie. Hier mag nur so viel angedeutet werden, daß man sie durch von allen Benutzern zu zahlende Gebühren aufzubringen vermag, ganz ähnlich, wie das ja bei dem ebenfalls international gedachten Suezkanal der Fall ist.

Ähnlich wie beim Niger liegen die Dinge beim Nil. Trotz der Katarakte des Mittellaufs wird vielleicht in absehbarer Zeit auch hier die Möglichkeit eines ununterbrochenen Schiffsverkehrs vom Mittelmeer zum Oberlauf des Stromes geboten werden. Auch sie hat kolonialpolitisch einen ganz besonderen Wert. Es handelt sich um die Tatsache, daß das

aussichtsreiche Hochland von Abessinien von Westen her besser und für verschiedene Waren auch billiger zugänglich gemacht werden kann als von Osten her auf der einen durch die Wüste führenden Bahnstrecke von Djibuti aus. Unter der Voraussetzung, daß Abessinien selbständig bleiben würde, müssen alle an den afrikanischen Tropen beteiligten Industrieländer Wert darauf legen, daß das Land auf neutralem Wege zugänglich sei, was bei den an der Küste herrschenden politischen Verhältnissen von dort her ausgeschlossen ist. Aber selbst für den Fall, daß dieses letzte selbständige Reich des ganzen Kontinents den drei im Besitz seiner Randgebiete befindlichen Mächten zufallen sollte, würden mindestens diese selbst, höchstwahrscheinlich aber auch noch andere Mächte darauf halten müssen, zum freien Verkehr auf der schiffbaren Zugangsstraße nach diesem Hochlande, dem Nil und seinem Nebenflusse, dem Sobat, zugelassen zu werden. Im Hinblick auf eine Zeit, die unter allen Umständen in der Vorbereitung begriffen ist, wird eine solche Auffassung nicht an den Stellen haltmachen, an denen Fälle und Stromschnellen eine Unterbrechung der Schiffahrtstrecke bewirken, die weiter oberhalb durch brauchbare Strecken fortgesetzt wird. Selbst wenn man für den Augenblick noch nicht an die technische Erörterung der Frage herantreten wird, ob die Überwindung der genannten Schwierigkeiten ohne allzu große Unkosten und Arbeiten möglich ist, legt die bisher ausgesprochene Ansicht der Internationalisierung eines Stromes doch den Gedanken recht nahe, die damit zusammenhängenden Bestimmungen nicht nur für die bis zu jenen Hindernissen reichende Strecke, sondern auch für die schiffbaren Längen oberhalb derselben, ja folgerichtig für das gesamte System schiffbarer Wasserlängen innerhalb eines größeren Gebietes gelten zu lassen. Im Interesse der allgemeinen und freien Entwicklung läge es deshalb, wenn das auch im Gebiet der großen Nilseen festgestellt würde. Tat-

sächlich hat denn auch in der Auffassung von den großen afrikanischen Seen dieser Gedanke wohl den meisten Beteiligten vorgeschwebt. Mir ist wenigstens nicht bekannt, daß bisher von seiten der Uferstaaten für die auf diesen Seen verkehrenden Fahrzeuge auch auf den in ein einzelnes Gebiet fallenden Seestrecken besondere Beschränkungen für die Angehörigen anderer Uferstaaten bestanden hätten. Nun ist es doch nur ein einfacher Schritt, diese selbstverständliche Erleichterung für alle Staaten überhaupt gelten zu lassen und sie weiterhin nicht nur auf einen solchen See, der doch auch nur ein erweiterter Teil eines Flußlaufes ist, anzuwenden, sondern ebenso auf diesen selbst, wobei man weiter als selbstverständlich ansieht, daß es vollständig gleichgültig ist, ob das für international geltende Gewässer zwanzigtausend oder fünfhundert Meter breit ist. So macht es für den Rhein doch nicht das mindeste aus, ob bei seiner Erklärung zu einem internationalen Wasserlaufe die Breite des Bodensees oder des Stromes selbst von Schiffen aller Flaggen durchzogen wird.

Auch das südliche Seen- und Stromsystem des Sambesi darf für die ihm anliegenden Kolonialstaaten sowohl wie für die überhaupt mit Afrika verkehrenden Mächte eine besondere Bedeutung beanspruchen. Der in das Innere der ostafrikanischen Hochländer tief eingreifende Nyassasee wird seinen außerordentlichen Wert als Zugangsstraße vom Indischen Ozean in jenes Gebiet erst dann erhalten, wenn die Zufahrt auf den ihn mit dem Weltmeere verbindenden Strömen erst demselben freien Verkehr zugänglich ist wie auf diesem selbst. Daß auch hier für den Großverkehr einer kommenden Zeit Arbeiten technischer Art geleistet werden müssen, die einen ungehinderten Verkehr der Fahrzeuge vom Mündungsgebiet des Sambesi bis zum Austritt des Shire, seines nördlichen Nebenflusses aus dem Nyassa, gestatten, tut nichts zur Sache und braucht die Internationalisierung dieses Wassergebietes

schon in nächster Zeit ebensowenig zu hindern wie bei irgendeinem anderen wichtigen Flusse. Auch die, übrigens technisch durchaus mögliche schiffbare Verbindung zwischen dem Stanley-Pool und dem unteren Kongo braucht durchaus nicht abgewartet zu werden, um diesem ganzen Geäder mit seinen zahlreichen fahrbaren Verzweigungen und seiner für afrikanische Verhältnisse unvergleichlichen Wichtigkeit für die wirtschaftliche Erschließung eines gewaltigen und reichen Tropengebiets den Charakter einer zusammenhängenden Wasserstraße schon jetzt zu verleihen. Hier würde die Verleihung einer solchen Eigenschaft auch den Vorzug haben, daß sie am besten den Absichten entspräche, welche die gründenden Mächte bei der Schaffung des eigenartigen Staatswesens geleitet haben, das dann später durch die Kolonie Belgiens ersetzt wurde.

Man sieht, die Gründe, die für die Notwendigkeit einer Internationalisierung der schiffbaren Wasserstraßen unserer Erde oder wenigstens der meisten und bedeutendsten unter ihnen sprechen, sind ganz besonders in diesem Kontinent so mannigfache und schwerwiegende, daß sie im Verein mit den für Rhein, Donau und ähnliche Ströme angeführten Beispielen vollkommen genügen werden, um eine Änderung unserer bisherigen politisch-geographischen Anschauungen in neuerem und, wie es scheint, besserem Sinne zu veranlassen.

Gerade dies Verlangen nach einer Internationalisierung der Binnenwasserstraßen eröffnet uns aber neue und großartige Ausblicke auf die Zukunft der Gewässer überhaupt. Bei ihrer Betrachtung als internationale Fahrstraßen legt ihre Ähnlichkeit mit den Wegen des freien Meeres diesen Gedanken ja ohnedies nahe. Man kann aber noch einen Schritt weiter gehen und sie als eine eigentümliche geographische Erscheinung betrachten, die sich von den auf dem festen Boden beobachteten Vorkommnissen in mannigfacher Richtung un-

terscheidet. Ihre Entstehung und ihre eigenartigen Lebenserscheinungen sind ja mehr als die anderer Gegenstände, mit denen sich die Geographie zu beschäftigen hat, der Willkür der sie besitzenden Staaten bis zu einem gewissen Grade entzogen. Diese erstreckt sich wenigstens nur auf das Bett, also auf den festen Rahmen, in dem das eigentlich lebendige Element eines Flusses erst in die Erscheinung tritt. Was den wesentlichen Inhalt, den eigentlichen Begriff eines Stromes ausmacht, ist schließlich doch das Wasser und dieses ist eben nicht nur ein Teil des Landes, in dessen festen Boden sein Bett eingegraben erscheint. Vielmehr stammt es in letzter Linie vom Klima, wie denn ein bedeutender Meteorologe und Geograph, der russische Gelehrte Wreikof, Flüsse und Seen geradezu als Produkte des Klimas bezeichnet. Will man dies Bild, das seine sehr reellen Seiten hat, etwas näher ausführen, so braucht man sich nur daran zu erinnern, daß die Feuchtigkeit des Himmels, dieser letzte und unmittelbarste Ursprung unserer Flüsse, nicht an die Grenzen des Landes gebunden ist, in denen er, dem Bau desselben entsprechend, dem festen Gerinne Nahrung und Leben zuführt, sondern daß der gleiche Dampfgehalt ohne Rücksicht auf politische Grenzen auch anderen Gebieten zugute kommt. Es liegt doch wirklich nahe, sich dessen bewußt zu werden, woher diese atmosphärischen Wassermengen stammen. Das freie, allen Kulturvölkern, ja der ganzen Menschheit übereignete Meer, das letzten Endes der Ursprung jener über alle politischen Grenzen dahinziehenden Wolken ist, überträgt seine eigene Stellung als freieste Erscheinung auf unserer Erde so recht eigentlich auch auf die aus ihm stammenden Gewässer des Festlandes. Definitionen früherer Jahrhunderte, welche die Herrschaft über das Meer bestimmten Staaten und Völkern zusprachen, würden nur konsequent gehandelt haben, wenn sie aus diesem Grunde die Herrschaft über die Ströme be-

stimmter Zonen ebenfalls dem bevorrechteten Staate zugesprochen hätten. So weit gingen jene Zeiten nicht, obwohl sie es auf Grund ihrer Auffassung gekonnt hätten. Wir auf Grund der unseren können jedenfalls konsequent handeln und ein internationales Recht als Hüter aller in größerem Umfange nutzbaren Gewässer auf der Erde anerkennen.

Dieser Abschnitt war schon geschrieben, als mir eine Veröffentlichung im Hamburger Wirtschaftsdienst in die Hände kam. Sie behandelt einen Entwurf der Verfassung des Völkerbundes von seiten der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht. In Abschnitt VI über das Kolonialwesen ist folgender Satz enthalten: „In Kolonien muß der Handel aller Völker vollständige Freiheit genießen. Alle Flaggen sollen freien Zugang zu der Küste, den Lagunen und den dort einmündenden Flüssen nebst ihren Stromgebieten sowie zu den Binnengewässern (Flüssen und Seen) haben. Jede ungleiche Behandlung der Schiffe und Waren ist untersagt, insbesondere hinsichtlich sämtlicher Abgaben und des Verfahrens bei ihrer Erhebung. Ausnahmen, namentlich Monopole aller Art, bedürfen der Genehmigung des Völkerbundes."

Wie man sieht, deckt sich diese Forderung ziemlich vollkommen mit dem, was hier für Afrika als notwendige Grundlage des allgemeinen Verkehrs aufgestellt ist. Nun ist schließlich nicht einzusehen, warum diese Maßnahmen nicht ganz allgemein für alle Gewässer sich neu entwickelnder Länder, ja warum sie schließlich nicht für die Gewässer des Festlandes überhaupt durchgeführt werden sollen.

Nun ist diese Anschauung nicht so zu verstehen, als ob alle mit einem Wasserlauf oder See zusammenhängenden Erwerbszweige dem Eigentum des herrschenden Staates entzogen werden sollen; das wäre nicht nur mit den selbstverständlichen Hoheitsrechten jedes einzelnen Landes nicht in Einklang zu bringen, sondern es hätte auch in den meisten

Fällen für die Allgemeinheit einen geringen Wert, würde im Gegenteil die berechtigten Interessen der Anlieger empfindlich schädigen können. Sache des Anliegerstaates bleibt unter allen Umständen die Verwendung des Wassers zu Berieselungszwecken. Schon die äußerliche Art der Benutzung macht dieses zu einem Gegenstande, der mit dem eigentlichen Wasserlauf so gut wie nichts mehr zu tun hat, und das in einiger Entfernung von diesem gelegene Seitengelände wird man ebensowenig für ein Eigentum der gesamten Kulturmenschheit ansehen wollen, wie die Verwaltungsgebäude oder gar die Privathäuser eines beliebigen Seehafens, ja in einzelnen Fällen würde eine solche Anschauung, wie die hier zurückgewiesene, zu den größten Absurditäten führen. Man denke sich zum Beispiel jene Länder, die wie Nordwestindien, vor allem aber wie Turkestan, Mesopotamien und besonders Ägypten, vorwiegend oder ganz und gar auf die künstliche Bewässerung angewiesen sind. Niemand wird solchen Ländern zumuten wollen, daß sie wegen der Entnahme der für sie nötigen Wassermassen auf die selbständige Durchführung der für sie wichtigsten wirtschaftlichen Maßnahmen verzichten oder diese von internationalen Vorschriften abhängig machen sollen. In fast allen Fällen handelt es sich zudem nicht um die Abzapfung so großer Wassermengen, daß dadurch die Benutzbarkeit eines für den Verkehr wichtigen größeren Flusses verhindert oder auch nur sehr stark eingeschränkt würde. Höchstens Steppenflüsse oder Adern zweiten und dritten Ranges werden durch eine solche Verwendung in ihrer ohnedies meist nur wenig bedeutenden Schiffbarkeit fühlbar beeinträchtigt werden, und da würden selbstverständlich die näher liegenden und für die Bewohner des Landes unter allen Umständen unersetzlichen Verwendungsmöglichkeiten entscheidend sein. Will man sich einen geographischen kaum eintretenden Fall vorstellen, in dem bei einem bedeutenden Flusse

von starker Wichtigkeit für den großen Verkehr eine wirkliche Verhinderung der Schiffahrt durch die Entnahme sehr großer Wassermassen zu Berieselungszwecken stattfände, dann wäre immer noch Zeit, diesen unwahrscheinlichen Fall, der höchstens bei sehr großer Ausdehnung der Nilbewässerung einmal in bestimmten Jahreszeiten denkbar wäre, besonderen Bestimmungen zu unterwerfen. Auch da ist fraglich, ob nicht durch Stauwerke größten Umfanges und ähnliche Anlagen die Interessen beider Teile durchaus gewahrt werden könnten. Jedenfalls braucht uns diese Frage hier nicht weiter zu beschäftigen, für uns genügt die Feststellung, daß einige der wirtschaftsgeographischen Funktionen unserer Wasserläufe auch politisch nicht dem Verfügungsrecht der Anliegerstaaten entzogen werden können.

Für nicht minder verfehlt würde die Geographie es halten müssen, wollte man eine zweite höchst wichtige Nutzung der Binnengewässer der Verfügung der Anliegerstaaten entziehen. Es handelt sich um die Fischerei, und man könnte hier einwenden, daß die Fische unweigerlich an das Bett der Flüsse und Seen gebunden seien, daß sie also nicht wie das diesen entnommene Berieselungswasser behandelt werden können, sondern daß jedem einen Strom oder See benutzenden Fahrzeug ohne Rücksicht auf die Flagge der Fischfang ebensogut offenstehen müsse wie auf dem Meere. Dies trifft aber keineswegs zu. Zunächst ist das allgemeine Fischen in den der Küste unmittelbar benachbarten Strichen des Meeres keineswegs allgemein gestattet. Bei den Binnengewässern ist dies nun schon gar nicht durchführbar, wenn der Fischfang überhaupt einträglich bleiben soll. Der Fischbestand der Binnengewässer erfordert namentlich in unseren heutigen dicht bevölkerten Kulturstaaten eine ganze Reihe schonender und erhaltender Maßnahmen, die am besten von den Anliegerstaaten ausgeübt werden. Ein willkürliches Eingreifen

aller möglichen nicht zu ihnen gehörenden Fahrzeuge würde sehr bald zu argen Mißständen führen. Das sind praktische Bedenken, die allein schon genügen würden, eine Internationalisierung dieser Art Nutzung von Binnengewässern zu verhindern. Hierzu kommt aber noch ein geographischer Einwand, der meines Erachtens entscheidend ist. Eine rationelle Nutzung der Fischbestände eines Stromes, und allein um eine solche vernunftgemäße Ausbeutung kann es sich für Kulturstaaten handeln, ist nur denkbar, wenn sie von einer in einem bestimmten Teil des Stromgebiets ansässigen Fischerbevölkerung ausgeübt wird. Dadurch unterscheidet sich diese Stromnutzung sehr wesentlich von der internationalen Schiffahrt auf demselben, die nach bestimmten Anweisungen und Vorschriften genau so gut wie die Seeschiffahrt von völlig landfremden Schiffsführern und Mannschaften bei vielleicht nur ganz vorübergehendem Aufenthalt in den fraglichen Gewässern ausgeübt werden kann. Ist die erstere mit all ihren Interessen und wirtschaftlichen Bindungen mit dem engeren Gebiet völlig verwachsen, in dem sie ihren Unterhalt findet, so kann der Anliegerstaat, dem sie angehört, bei ihr auf ein weitgehendes Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung und Behandlung der natürlichen Reichtümer rechnen, deren schonende Ausbeute ihr anvertraut ist. Bei der internationalen Verkehrsbevölkerung der großen Schiffstraße ist das in keiner Weise der Fall.

In ganz anderem Sinne als die im vorhergehenden besprochene Wassernutzung steht eine andere Verwendung der fließenden Gewässer, die wieder völlig mit dem Strom und mit den in seinem Bette bewegten Wassermassen verbunden ist. Sie muß uns daher im folgenden näher beschäftigen. Es handelt sich um die Wasserkraft. Die Erfahrung hat gezeigt, daß ihre Verwendung über beliebig große Entfernung hin allerdings ausgeschlossen ist. Eine volle Internationalisierung

der in einem Gewässer aufgespeicherten Kraftmenge ist deshalb sicher nicht in jedem Falle durchzuführen. Wohl aber kann man diese Summe wertvoller Kraft, die an einer einzelnen Stelle zu erhalten ist, den Staaten gemeinsam zubilligen, die von dieser Stelle aus erreichbar sind, bzw. denen von hier aus Kraft durch Übertragung geliefert werden kann. Unbedingt zu internationalisieren wäre dann derjenige Teil der verfügbaren Kraft, der zur Ermöglichung und Durchführung der Schiffahrt auf einer bestimmten Stromstrecke gebraucht wird. Einige Beispiele werden dazu beitragen, diese Festsetzung zu verdeutlichen.

Zunächst kann man unseren Rhein anführen. Hier kann die Elektrizität, die in seinem Oberlauf in ziemlicher Menge zu erhalten ist, in hohem Grade dazu beitragen, die Schiffbarmachung der südlichsten Strecken, vor allem der oberhalb Basels bis zum Bodensee sich ausdehnenden Flußlinie zu erleichtern. Was für diesen Zweck nötig ist, ist für die beiden Anliegerstaaten in diesem Falle von so großer Wichtigkeit, daß sie jedenfalls zu einem Verzicht auf einen Teil der verfügbaren Kraft zu haben sein werden.

Noch weit bedeutsamer ist das Verfügbarwerden elektrischer Kraft an einer anderen Stelle. Am Rhein könnte man, freilich nur theoretisch, mit der Möglichkeit rechnen, daß den beiden in Frage kommenden Staaten an der Schiffbarkeit der oberhalb Basel gelegenen Stromrinne nicht soviel liege, um deshalb auch nur auf einen Teil der im Strome enthaltenen Kraft zuungunsten ihrer Industrie zu verzichten. Ganz anders liegt die Sache beim Kongo, der in seinem wichtigsten Teil, dem dem Atlantischen Ozean benachbarten Gebiet seines Mittellaufs, also in dem eigentlichen Stromlande, dem späteren Schauplatz einer sehr beträchtlichen Großschiffahrt, den Fahrzeugen des Mündungsgebietes nur durch einen gewaltigen Schleusenkanal zugänglich gemacht werden kann.

Hier wird also jede Hilfe, die den Strom zu dem macht, zu dem ihn die Vorsehung bestimmt zu haben scheint, der Allgemeinheit zustehen, die hier tatsächlich das größte Interesse daran hat, das herrliche Wassergebiet nach allen Richtungen hin der Kulturwelt zu erschließen. Die etwaige industrielle und landwirtschaftliche Verwendung der Wasserkraft in einem solchen jugendlichen Lande kommt deshalb noch nicht zu kurz, die Aufgaben der Erschließung überhaupt, das heißt derjenigen für den Verkehr, haben aber in erster Linie zu stehen. Was für den Kongo, natürlich auch für die oberen Fallstrecken der Hauptader und ihrer Nebenflüsse gilt, das läßt sich auf die afrikanischen Flüsse überhaupt und auf die anderer noch unentwickelter, aber reicher Produktionsländer der Tropen anwenden. Für Afrika besitzt die allgemeine und weitgehende Reservierung der Wasserkraft für eine Tätigkeit, an der alle großen Industrie- und Handelsvölker, besonders diejenigen Europas, gleichmäßig interessiert sind, noch eine ganz besondere Bedeutung.

Man ist in allen Fällen, in denen man von einer Internationalisierung der Flüsse im Verkehr gesprochen hat, wie wir sahen, wesentlich von dem rein geographischen Gesichtspunkte ausgegangen, der in den Flüssen eine fest mit dem zu erschließenden Lande verbundene Erscheinung erblickt. Von der afrikanischen Wasserkraft kann man nun noch mehr als von derjenigen der meisten anderen Gegenden das gleiche behaupten. Auch sie bedeutet in gewisser Hinsicht etwas ganz Unersetzliches, dem schiffbaren Lauf der Ströme Gleichbedeutendes. In besonders großer Menge finden sich diese natürlichen Kraftquellen in den großen Hochländern zwischen 20° südl. Br. und dem Sudan. Aber auch in den südlichen Teilen von Westafrika sind sie an sehr vielen Stellen vorhanden. Dies sind aber die reichsten und produktivsten Gebiete des ganzen Kontinents, deren Erschließung und Verwertung

allerdings an einem beträchtlichen Nachteil leidet. Sie sind nämlich nach unserer heutigen Kenntnis äußerst arm an Kohle, bedürfen aber zu ihrer Erschließung unbedingt mehr als die meisten anderen Produktionsländer der Tropen eines weitverzweigten Eisenbahnnetzes. Nichts liegt näher, als das teure Feuerungsmaterial dadurch zu sparen, daß es durch eine sehr weitgehende Elektrisierung der Eisenbahnen ersetzt wird. Man wird auch in anderen Staaten, die arm an Kohle, aber reich an Wasserkraft sind, auf diesen Ausweg kommen. Nur fragt es sich, ob man dort in eine Internationalisierung der elektrischen Kraft einwilligen wird. Das zu erörtern, ist auch nicht Sache der Geographie. Ganz sicher aber wird sie in diesem Weltteil dafür eintreten, da seine Entwicklung ganz im Interesse fremder Industrievölker, besonders der europäischen, gelegen ist und da sie ohne eine weitgehende Reservierung der elektrischen Kraft für oben gedachte Zwecke in dem eben begrenzten Teile dieses Kontinents, zu dem auch große Landschaften im Osten des außertropischen Südafrika gehören, einfach nicht erreicht werden kann.

IV. Kolonialländer.

Ehe wir uns den Kolonialstaaten zuwenden, haben wir uns grundsätzlich über das zu einigen, was der Unterscheidung verschiedener Arten von Kolonien zugrunde gelegt wird. Im allgemeinen werden bei ihrer Einteilung wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt, und man unterscheidet nach den Aufgaben, die das Mutterland den einzelnen Kolonialgebieten stellt, bestimmte Arten von solchen, unter denen hier nur des Beispiels wegen Auswanderungskolonien, Handels- und Plantagenkolonien genannt seien. Für die politische Geographie sind all diese Dinge von geringerer Bedeutung, sie

spielen höchstens insofern eine Rolle, als sie eben die verschiedene politische Stellung einer Kolonie bedingen. Auch für diese sind natürlich vorwiegend geographische Gründe aufzusuchen, und wir werden sehen, daß diese sich in einzelnen Fällen mit anderwärts bei der wirtschaftlichen Einteilung benutzten Unterscheidungsmerkmalen decken können, daß dies aber nicht immer und nicht überall der Fall zu sein braucht.

In erster Linie sollte man sich bemühen, einen grundlegenden Irrtum zu beseitigen, der bedauerlicherweise in alle möglichen kolonialen Veröffentlichungen hineinspielt, obwohl er durch das geschichtliche Werden der wirklichen Kolonien eigentlich schon zur Genüge widerlegt wird. Man vergißt in der Regel, daß unserem heutigen Begriff von der Kolonie die Vorstellung der räumlichen Trennung zugrunde liegt. Gleichzeitig pflegt man, was wenigstens für die meisten Kolonialländer gilt, die Vorstellung mit einem solchen zu verknüpfen, daß es auch in seinen wirtschaftlichen Lebensbedingungen, zumal im Beginn der Kolonisation, wesentlich anders geartet sei als das Mutterland. Wie gesagt, trifft diese letzte Charakterisierung nicht immer und nicht überall zu, ist aber für die meisten Kolonien in der Tat bezeichnend. Die erste Bedingung gehört indessen unbedingt zu den Merkmalen eines Koloniallandes. Wenn sie z. B. bei den östlichsten Provinzen unseres Deutschen Reiches nicht erfüllt war und man diese in geschichtlichen Darstellungen trotzdem vielfach als deutsche Kolonien bezeichnet, so beruht das auf einem althergebrachten Sprachgebrauch, der an und für sich berechtigt ist, der aber jetzt bei der Wichtigkeit, die man auch unsern Gegnern und Konkurrenten gegenüber klaren und scharfen Unterscheidungen beizulegen hat, nicht angewandt werden sollte. Diese Landschaften sind nichts anderes als seit Jahrhunderten vorgeschobene Teile des Deutschtums, wie die Provinz Ostpreußen, oder ausgebreitete Vorpostengebiete

und germanische Inseln größter Ausdehnung in einem fremdsprachigen Gebiet, in dessen ganzem Umfange innerhalb unserer Grenzen alle Kultur und Wirtschaft auf der ständigen Berührung mit dem deutschen Element beruht.

Die heutige Kolonialgeschichte kennt zwei große Reiche, von denen das eine aus verschiedenen Kolonien hervorgegangen ist, heute aber einen selbständigen, vollkommen einheitlich geschlossenen Staat bildet. Es sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Das zweite ist das bisherige russische Reich, dessen ebenfalls schon seit langer Zeit besetzte sibirische Gebiete einfach eine vorgeschobene Provinz des Landes selbst bilden, die sich in Produktion und gesamter Stellung nur sehr wenig von den klimatisch entsprechenden Teilen des europäischen Rußland unterscheidet. Dieses selbst hat sie auch keineswegs als völlig vom Hauptlande getrennte, in Verwaltung und allen möglichen Maßnahmen selbständig zu behandelnde Gebiete betrachtet. Ihre Sonderstellung beruhte wesentlich auf ihrer Entfernung von den Verwaltungszentren des ganzen Reiches, wie ihnen ja auch wirtschaftlich keine solche zukam. Höchstens in einem Falle könnte man von einer solchen echt kolonialen Aufgabe eines bestimmten Gebietes sprechen. Das ist der Fall bei der ausgedehnten Baumwollkultur, die in neuester Zeit Russisch-Westasien eine besondere Bedeutung verliehen hat. Die Riesenhaftigkeit allein verleiht dagegen dieser kompakten Ländermasse keineswegs die bestimmenden Züge eines wirklichen Kolonialreichs.

Genau genommen sind die wirtschaftlichen Unterschiede, die wir innerhalb der Vereinigten Staaten antreffen, größer als diejenigen, die uns zwischen dem europäischen und dem asiatischen Rußland begegnen. Trotzdem sind gewisse geographisch klar erkennbare Züge so einheitlich, daß die Tendenz, das Ganze zu einem mächtigen Staatswesen zusammenzufassen, dadurch die größtmögliche Förderung erfährt. Zu-

nächst ist es der Bau, der dem ungehinderten Verkehr von Norden nach Süden nicht nur nicht die mindesten Hindernisse in den Weg legt, sondern der auch in der mittleren Zone die Entwicklung eines riesigen Stromsystems begünstigt, das die einzelnen Staaten des Nordens und des Südens noch enger miteinander verknüpft, als es schon der vertikale Bau des Landes tut. Dazu kommt noch ein zweiter sehr wichtiger Punkt. Das Klima der Südstaaten unterscheidet sich von demjenigen der Nordstaaten nur dem Grade nach, nicht aber seinem Wesen nach. Auch im größten Teile des Südens folgt auf einen schwülen und heißen Sommer genau wie im Norden ein verhältnismäßig kühler Winter. Bis weit in die südliche Staatengruppe hinein findet deshalb auch der Nordeuropäer geeignete Existenzbedingungen. Das einzige Gebiet, das einer europäischen Besiedlung hinderlich ist, die niedrigen Wüsten des Südwestens vermögen die Trennung gegen die fruchtbareren Teile des Westens nicht so sehr zu vergrößern, daß sie selbst in späterer Zeit die Entstehung selbständiger Staaten auf der pazifischen Seite Nordamerikas begünstigten. Wir beobachten denn auch eine schrittweise Ausdehnung der amerikanischen Kultur vom Osten nach Westen, sehen aber, wie sie stets wieder auf die Angliederung der neuerschlossenen Gebiete ausgeht, die sie keineswegs nur als koloniale Anhängsel, sondern von Anbeginn an als werdende Staaten eines großen und einheitlichen Gemeinwesens betrachtet.

Aus dem eben Gesagten ergibt sich bereits eine Haupteigenschaft wirklicher Kolonien, die räumliche Trennung vom Mutterlande. Sie bedingt vor allem eine sehr wichtige Eigenschaft dieser Besitzungen. Die wirtschaftliche Verbindung zwischen einem Staat und seinen kolonialen Besitzungen hängt unmittelbar von der Seegeltung ab, die dieser Staat ins Gewicht zu werfen hat. Schon darin liegt eine Kritik der beiden eben erwähnten Großstaaten. Die Vereinigten Staaten be-

durften zu ihrer Entwicklung nur einer im Verhältnis zu ihrer Größe und Einwohnerzahl recht wenig bedeutenden Flotte, Rußland sogar nur einer verschwindend geringfügigen. Wenden wir dies Kriterium auf die in neuerer Zeit im Kolonialwesen hervorragenden Länder an, so erfreuen sich selbst die kleineren von ihnen des Besitzes einer im Verhältnis zu ihrer Größe recht stattlichen Flotte. Wenn dies auf Frankreich nicht zutrifft, so liegt darin nur ein scheinbarer Widerspruch, in Wahrheit ist die wirtschaftliche Entwicklung des französischen Kolonialreichs im Vergleich mit demjenigen Englands, Deutschlands und Hollands stark zurückgeblieben. Wo die Abhängigkeit der Kolonialgebiete vom Mutterlande auch in politischer Beziehung deutlich in die Erscheinung tritt, ohne daß sie rein äußerlich durch militärische Machtentwicklung gestützt wird, da muß die räumliche Trennung durch einen intensiven Seeverkehr ausgeglichen werden. Dieser trägt aber nach alter Erfahrung wesentlich zur Stärkung eines gewissen Gemeinsamkeitsgefühles bei. Wenn ein solches auch die Bevölkerung Französisch-Nordwestafrikas ziemlich eng mit Frankreich verbindet, so muß man berücksichtigen, daß an dieser einen Stelle immerhin ein ziemlich lebhafter Verkehr mit Marseille stattfindet und daß die Entfernung gerade dieser Landschaft von Südeuropa so gering ist wie bei keinem größeren überseeischen Gebiet der drei anderen hier angeführten Staaten.

Daß bei offenen Konflikten die Trennung durch große Meeresgebiete für die Kolonie eine Erleichterung etwaiger Unabhängigkeitsbestrebungen bedeuten wird, ist klar. Wir müssen aber festhalten, daß bei den lebhaften wirtschaftlichen Beziehungen unserer Zeit und bei der weiter unten noch zu erörternden notwendigen Ergänzung zwischen Kolonie und Mutterland ein solches Streben nur in Ausnahmefällen eintreten wird. Das wird fast nur dort der Fall sein, wo ein

Kulturvolk gegen seinen Willen unterworfen und wo es gezwungenermaßen in Abhängigkeit gehalten wird, wie etwa die Inder oder ein Teil der ehemals republikanischen Buren.

Im übrigen gilt von den großen Kolonien Großbritanniens, denn um diese handelt es sich neuerdings ganz allein, daß für sie eine recht glückliche Art des Zusammenhangs gefunden wurde. Die große und weitgehende Selbständigkeit, deren sie sich erfreuen, trägt ihren politischen Bedürfnissen zum weitaus größten Teile Rechnung. Nach einer Seite haben allerdings die Erfahrungen des Weltkrieges eine Warnung für England enthalten. Die weitgehende und für Großbritannien dringend nötige Hilfeleistung der Dominions hat wenigstens bei zweien von ihnen zu eigentümlichen Konsequenzen politischer Natur geführt. Südafrika sowohl wie Australien haben beide die Überweisung deutscher Kolonialgebiete an ihren Besitzstand gefordert; ohne auf das Ungerechtfertigte dieses Verlangens einzugehen, mag hier betont werden, daß schon die bloße Erhebung dieser Forderung zu für das Mutterland recht unangenehmen Konflikten mit fremden Mächten führen kann. Abgesehen davon, daß schon die Überweisung ferngelegener Tropeninseln an den australischen Staatenbund gewissermaßen die Schaffung von Kolonien zweiten Grades bedeuten würde, kann gerade hier sehr leicht der Fall eintreten, daß eine dritte Macht zur späteren Fortnahme solcher Inseln schreiten würde. Damit würde weiterhin das merkwürdige Ereignis eintreten, daß diese vielleicht mit England verbündete Macht zu gewaltsamen und feindlichen Handlungen gegen eine englische Kolonie veranlaßt werden würde, was natürlich auch für das Mutterland nicht ohne politische Folgen bleiben dürfte. Man sieht, der Gründung ferngelegener Kolonien durch eine andere Kolonie widersprechen in unserer Zeit der immer enger werdenden Beziehungen, die Welthandel und Weltverkehr mit sich

bringen, in der Tat sehr gewichtige Gründe. Von Mißhelligkeiten dieser Art abgesehen, die ja nur ganz ausnahmsweise einmal entstehen können, ist eigentlich kein Grund einzusehen, warum der politische Zusammenhang zwischen Europäerkolonien und ihrem Mutterlande nicht für sehr lange Zeit oder gar dauernd bestehen sollte. Am wenigsten gilt dies für Australien und für Kanada, da in jenem fast die ganze, in diesem ebenfalls die Mehrheit der Bevölkerung englisch ist. Für die Erhaltung Australiens und Neuseelands, ja auch für diejenige Südafrikas trotz der hier anders gearteten nationalen Zusammensetzung spricht aber noch ein anderer Grund, der der Erhaltung des Zusammenhanges äußerst förderlich ist.

Zwischen diesen Ländern besteht nämlich eine ausgemachte Ergänzung in wirtschaftlichen Dingen. Die großen britischen Siedlungskolonien der Südsee sind so gut wie Südafrika rein agrarische Staaten. Darüber darf uns auch die intensive Tätigkeit im Bergwesen nicht täuschen, da diese ganz vorwiegend auf die Gewinnung von Gold und, in Südafrika, von Diamanten gerichtet ist. Kohle wird in beiden Gebieten nur in so geringem Umfange gewonnen, daß sie für eine Industrie, die mit der eines west- oder mitteleuropäischen Gebiets konkurrieren könnte, nicht im mindesten ausreicht. Was wir an industrieller Tätigkeit dort antreffen, steht zum größten Teile mit der Landwirtschaft in irgendwelchem ursächlichen Zusammenhang. In der Hauptsache sendet Europa und hier wieder vorwiegend England diejenigen Fabrikate, deren das Land bei seiner hohen Kultur bedarf. Australien sowohl wie Neuseeland in neuester Zeit, infolge des Krieges, aber auch in steigendem Maße Südafrika liefern in ihrer Wolle, in ihrem Fleisch, endlich auch in Weizen und Mais Massenartikel landwirtschaftlichen Ursprungs, die ein unabweisbares Bedürfnis des Mutterlandes befriedigen. In dieser Beziehung sind die so ungeheuer weit voneinander entfernten

Länder in ähnlicher Weise aufeinander angewiesen und fest miteinander verkettet, wie etwa das rheinisch-westfälische Industriegebiet und die Ostprovinzen Preußens. Sie bedürfen ihrer gegenseitig so sehr, daß darin ein äußerst wirksamer Antrieb zum Festhalten am politischen Zusammenhang gegeben ist.

Etwas anders liegen die Verhältnisse in Kanada. Zwar ist auch in diesem Lande seit seiner Erhebung zu einer sich selbst regierenden Kolonie ein besonderer Anlaß zu ihrer etwaigen Trennung von England um so weniger gegeben, als gewisse nationale Einflüsse dem Wunsch der Bevölkerung nach einer etwaigen späteren Angliederung an die Vereinigten Staaten nicht gerade förderlich sind. Jene Ergänzung, die wir zwischen den andern Dominions und England bestehen sehen, ist aber hinsichtlich der Industrie hier nicht vorhanden. Tatsächlich bezieht Kanada einen sehr großen Teil seines Bedarfs aus den Vereinigten Staaten. Nach einer andern Richtung freilich konkurrieren die beiden Nachbargebiete insofern in sehr erheblichem Grade, als beide auf die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse angewiesen sind. Dieser Wettbewerb wird Kanada in gewissem Grade dadurch erleichtert, daß es als ein Teil des britischen Weltreichs in manchen Dingen auf eine gewisse Bevorzugung wird rechnen können, wenn diese Konkurrenz einmal zu gewissen handelspolitischen Zwistigkeiten führen sollte.

Hierin beruht eine gewisse Gefahr für all jene Kolonialgebiete, oder besser für den regierenden Staat, die von anderer Seite als vom Mutterlande aus in jenen Güteraustausch hineingezogen werden können und bei denen nicht eine der herrschenden Bevölkerung national verwandte Einwohnerschaft die Festigkeit des weiteren Zusammenhanges gewährleistet. Diese den politischen Zusammenhang gefährdende Übernahme der gegenseitigen wirtschaftlichen Ergänzung durch ein fremdes Volk ist eine besonders große Gefahr für solche

Kolonien, die von einer hochstehenden fremden Rasse bewohnt sind. Mit ihr wird besonders von den Engländern in Indien, vielleicht auch von den Holländern in Java zu rechnen sein. In beiden Gebieten hält es schwer, bei der geringen räumlichen Entfernung Japans mit seiner aufstrebenden Industrie und seiner zweifellosen Fähigkeit sich gerade dem Bedarf dieser Länder anzupassen, auf die Dauer der Konkurrenz dieses ostasiatischen Volkes zu widerstehen. Ist aber erst einmal die Fesselung Indiens an die Versorgung mit europäischen Fabrikaten aufgehoben, dann erst wird die Möglichkeit seines Verlustes zu einer wahrhaft drohenden Gefahr für Großbritannien. Vor dieser Gefährdung in ziemlich starkem Maße gesichert ist gerade derjenige Kontinent, der speziell zur Versorgung Europas mit Rohstoffen durch seine Lage und durch die Unwahrscheinlichkeit einer eigenen industriellen Entwicklung größeren Umfanges besonders bestimmt ist. Er am wenigsten wird deshalb Zustände zur Entwicklung kommen lassen, die zu einer Losreißung größerer Gebiete von der europäischen Herrschaft führen können. Man kann das schon jetzt aussprechen, wo doch die Entwicklung Afrikas erst in ihren Anfängen steht. Selbst wenn man sich, was entschieden nicht wahrscheinlich ist, größere Teile seiner Bevölkerung zu einer ähnlichen Höhe der Kultur gelangt denkt, wie wir sie bei den hochstehenden asiatischen Völkern antreffen, würde ihr die Möglichkeit fehlen, sich zwecks der nötigen wirtschaftlichen Ergänzung auf andere als europäische Völker zu stützen. Das hat sich selbst durch die Erfahrungen des Weltkrieges bestätigt, als infolge der Inanspruchnahme Englands die japanische Konkurrenz sich selbst in afrikanischen Gebieten fühlbar machte. Schon damals wurde aber darauf hingewiesen, daß dieser Zustand schwerlich den Krieg überdauern werde, was in erster Linie auf die weitaus günstigere Lage Afrikas zu Europa zurückgeführt wurde.

Ähnlich wie Afrika zu Europa verhalten sich die südamerikanischen Staaten zu den Industrieländern der nördlichen Halbkugel. Freilich sind sie keine Kolonien mehr, aber ihrem ganzen Wesen und vor allem ihrer wirtschaftlichen Stellung nach können wir sie durchaus mit solchen vergleichen. Argentinien z. B. erinnert sehr stark an das wirtschaftlich und kulturell ebenfalls hochentwickelte Australien, während das riesige Rohstoffgebiet der nördlichen Staaten mit den tropischen Rohstofflieferanten überhaupt verglichen werden kann, für die es bei weiterer Erschließung eine ungeheure Bedeutung erhalten wird. Greifen wir auf die koloniale Periode dieser Länder zurück, so sind sie ein Beweis für die Notwendigkeit jener Ergänzung, von der vorhin die Rede war. Es ist bezeichnend, daß sowohl Spanien wie Portugal ein sehr geringfügiges Interesse an der Belieferung mit Rohstoffen sowohl wie notwendigen Lebensmitteln aus jenen ungeheuren Gebieten hatten. Umgekehrt war auch der Bezug europäischer Industrieartikel aus jenen beiden Ländern sehr gering. Die politische Trennung von ihnen vollzog sich daher für beide Teile ziemlich schmerzlos. Als mit dem Beginn der neuesten Zeit das Bedürfnis nach einer stärkeren Versorgung mit den Erzeugnissen des europäischen Großgewerbes erwachte und gleichzeitig die Produkte jener Länder, besonders ihrer Nahrungsmittelindustrie, in steigendem Maße von den nordeuropäischen Ländern, besonders von England, gebraucht wurden, erreichten die fühlbaren wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nord- und Nordwesteuropa und Südamerika einen viel höheren Grad, als er zwischen den Tochterstaaten der Pyrenäenhalbinsel und dieser bestanden hatte. Auch jetzt macht sich die Bedeutung dieser wirtschaftlichen Ergänzung wieder recht deutlich geltend. Trotz der Bestrebungen Nordamerikas, einen bestimmenden Einfluß im Süden des großen Doppelkontinents zu gewinnen, machen sich immer wieder

jene Strömungen geltend, die, und zwar in ganz normaler Weise, die drei wichtigsten Staaten des Südkontinents auf Europa als ihren natürlichen wirtschaftlichen Gegenpart verweisen und dazu führen müssen, mit ihm auch politisch unmittelbarer zu verkehren, als es bei einer stärkeren Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten möglich sein würde. Für die großen Staaten Südamerikas ist es unter allen Umständen von Vorteil, gewisse Bedürfnisse in freier Konkurrenz aller großen Industrievölker erwerben zu können; zumal das nordamerikanische Industriegebiet nicht einmal durch bessere Verbindungen ausgezeichnet ist. Dem Absatz ihrer eigenen Massenartikel winkt in Europa ein weit besserer Markt, als ihn die Vereinigten Staaten jemals bieten können. Auch der brasilianische Kaffee bildet hiervon keine Ausnahme, da ein sehr großer Teil der Ernte noch immer von Europa aufgenommen wird. Diese Länder haben also das lebhafteste Interesse, ihre Beziehungen zu unserem Weltteil frei und unbeeinflußt von dritter Seite regeln zu können.

Wir kommen zu einem Punkt, der gleichfalls der Erörterung von geographischer Seite bedarf. Es handelt sich abermals um Internationalisierung, aber dieses Mal nicht um diejenige einzelner geographischer Objekte, sondern um die ganzer Länder und größerer Gebiete. Angeregt sind auch diese Gedanken durch Probleme, wie sie der Weltkrieg aufgerollt hat. Auch sie werden sicherlich dem Völkerrechtler Anlaß zu eingehenden Erörterungen geben, aber auch der geographischen Fragen gibt es manche, die mit ihm zusammenhängen und von denen die wichtigsten hier kurz behandelt werden müssen. Zunächst muß auch hier wieder die Frage entschieden werden, was für Kolonien einer solchen Internationalisierung unterzogen werden können. Wir werden uns am klarsten über diese Angelegenheit werden, wenn wir wieder einen Vergleich mit bestimmten Gegenden unserer

Erde ziehen, die tatsächlich als allen Nationen gehörig behandelt werden. Es sind das die großen außerhalb der Territorialgewässer gelegenen Fischgründe des freien Meeres. Hier wird die Internationalität auf ein Gebiet angewandt, das sich, und das ist besonders charakteristisch, durch eine reiche und von den Kulturvölkern recht begehrte Produktion auszeichnet. Die Befischung erfolgt, ohne daß die übrigen Nationen von irgendeiner Seite gehindert werden, sich an ihr zu beteiligen. Der Fall, daß irgendwelche im gemeinsamen Interesse liegende Vorkehrungen getroffen werden müssen, etwa die Betonnung bestimmter Stellen und dergleichen, wird von den beteiligten Kulturvölkern ohne Schwierigkeit geregelt, ohne daß die Internationalität dieser Gewässer darunter leidet. Dies Musterbeispiel eines freien, allen Kulturstaaten zwecks Ausbeute seiner Produktion zugänglichen Gebietes auf bestimmten, durch besonderen Reichtum ausgezeichneten Flächen unserer Erde führt uns ohne weiteres auf die für unseren Fall wichtigen Forderungen, die der Geograph an diejenigen Gebiete des Festlandes stellen wird, deren Internationalisierung man für notwendig und im Interesse aller oder einer bestimmten Gruppe von Kulturstaaten liegend erachtet. Der Fall ist nämlich durchaus denkbar, daß sich eine solche Gruppe im Interesse aller Teilnehmer zu einer solchen Behandlung einer oder mehrerer Kolonien entschließt. Wahrscheinlich wird man in ihm einen ersten Schritt zur späteren völligen Internationalisierung erblicken, diese braucht aber keineswegs gleich ins Leben gerufen zu werden. Ein solcher Fall großen Umfanges, der für Europa besondere Wichtigkeit besitzt, soll sogleich näher erörtert werden.

Es handelt sich um das ganze tropische Afrika, von dem wir vorhin sahen, daß es als Hauptrohstofflieferant Europas angesehen werden kann. Bei einem Zustand wie dem bisherigen

kann der Kontinent allerdings diese seine wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen. Mangel an kolonialer Befähigung sowie Armut und das Fehlen jeder ergänzenden industriellen Tätigkeit haben dazu geführt, daß die reichen Landschaften sowohl des französischen tropischen Teiles und des belgischen Kongo, als auch der größte Teil der Portugal gehörenden Besitzungen weit hinter dem Stadium der Entwicklung zurückgeblieben sind, das unter gleichen Umständen von englischen und deutschen Kolonien auf afrikanischem Boden erreicht ist. Das heißt aber nichts anderes, als daß ein außergewöhnlich aussichtsreiches Gebiet von ungefähr zehn Millionen Quadratkilometer, also eine der Fläche Europas gleichkommende Landschaft, deren Erzeugnisse alle europäischen Industrievölker dringend gebrauchen, zur wirtschaftlichen Rückständigkeit verurteilt ist. Portugal, das sich finanziell ganz in englischen Händen befindet, vermag dabei einer nutzbringenden Erschließung seines Kolonialreichs noch weniger Hindernisse in den Weg zu legen, als Belgien oder Frankreich. Es läge also nahe, ein Mitbestimmungsrecht der übrigen an Afrika beteiligten Industriestaaten an allen gerade für diese Industrien besonders wichtigen Teilen Afrikas anzunehmen.

Diese Internationalisierung der afrikanischen Kolonien, von denen die Europäergebiete von Nordwest- und Südafrika auszunehmen wären, braucht man sich nun durchaus nicht so vorzustellen, daß diese Gebiete nunmehr gemeinsam von allen afrikanischen Kolonialmächten verwaltet werden müßten, daß sie also gewissermaßen eine einzige große Kolonie darstellten. Zu einem wirklichen Nutzen für die beteiligten Mächte würde das nur führen, wenn ihnen nach Maßgabe ihres Bedarfs bestimmte Einzelgebiete zugewiesen werden, in denen sie dauernd oder wenigstens für sehr lange Zeit in Verwaltung und Bewirtschaftung bestimmte Rechte auszuüben vermögen. Ich habe in einer Veröffentlichung

des Handelsvertragsvereins vom Jahre 1919 darauf hingewiesen, wie die Stellung der einzelnen afrikanischen Gebiete zueinander und zum Ganzen zu gestalten wäre.

Wir können uns das Verhältnis der verschiedenen afrikanischen Kolonien am besten vorstellen, wenn wir sie uns in derselben gegenseitigen Stellung denken wie die einzelnen Mitglieder des deutschen Bundesstaates. An die Stelle der gemeinsamen äußeren Angelegenheiten würde höchstens der Schutz gegen Übergriffe der schwarzen Rasse zu treten haben, der sehr wohl gemeinsam von allen beteiligten Mächten geleistet werden könnte. Gewisse Vereinbarungen, die das tropische Afrika im engeren Sinne betrafen, haben die europäischen Völker ja längst daran gewöhnt, oder verfolgen wenigstens den Zweck, sie daran zu gewöhnen, daß gewisse gemeinsame Interessen von allen in Afrika kolonisatorisch tätigen Personen vertreten werden sollten. Es braucht nur an die Kongoakte erinnert zu werden, um zu erweisen, daß schon lange vor dem Weltkriege die europäischen Mächte sich an den Gedanken gewöhnt hatten, bei der Behandlung afrikanischer Fragen bestimmte Gebiete keineswegs als das bloße Privateigentum einzelner Staaten anzusehen, in denen diese schalten und walten konnten, wie es ihnen beliebte. Daß dieses Abkommen in den Stürmen des Krieges von unsern Gegnern nicht beachtet worden ist, trifft diese selbst in sehr erheblichem Grade, kann aber in keiner Weise die Tatsache aus der Welt schaffen, daß auch hier bereits der Versuch einer gewissen Internationalisierung vorlag.

Es gibt nun eine ganze Reihe von Dingen, die man als gemeinsame Angelegenheiten dieses gewissermaßen kolonialen Bundesstaates bezeichnen kann. Selbstverständlich gehören dazu auch die schon oben behandelten, also die schiffbaren Gewässer des Binnenlandes und ein Teil der vorhandenen Wasserkraft. Zu ihnen kommen aber noch eine Reihe von anderen

Angelegenheiten, von denen einige besonders wichtige hier angeführt werden mögen. Jedem der kolonisierenden Staaten wird man es billigerweise überlassen müssen, die Eisenbahnen und Wege seiner Kolonie eigenem Ermessen entsprechend auszugestalten. Diesen für die einzelnen Landschaften nötigen Schienenwegen treten aber solche an die Seite, die, gewissermaßen ein Netz höherer Ordnung, den Interessen des Ganzen und des Gesamtverkehrs dienen sollen. Was sich in Europa ganz allmählich und erst in seinen Anfängen durchsetzt und bei uns in Deutschland infolge des Bestehens zahlreicher früher ziemlich selbständiger Staaten erst spät begonnen wurde, eine Reihe dem großen Durchgangsverkehr dienender Linien, das läßt sich in diesem jungen Kontinent mit geringer Mühe und ohne allzu große Kosten durchsetzen, wenn für die Vollendung einer solchen großen Aufgabe die afrikanische Bundeskolonie verantwortlich zeichnet. Weitere Aufgaben gemeinsamer Natur liegen auf dem Gebiete der Produktion und des Schutzes gegen gewisse Schädigungen der Bewirtschaftung. Des Beispiels halber mag auf gewisse gemeinsame Grundsätze hingewiesen werden, die in der Behandlung der Wälder und ihrer Erzeugnisse Platz zu greifen hätten. Bekanntlich ist Afrika arm an wirklichen Waldungen, bedarf aber solcher bei seinem Klima in höherem Grade als andere Gegenden unserer Erde. Der Gefahr, die in der Vernichtung seiner Bestände liegt, kann nur durch strenge Handhabung von Vorschriften, die seitens der Zentralgewalt zu geben sind, begegnet werden. Auch die natürlichen Erzeugnisse der Wälder müssen gegen jeden Raubbau und gegen unrationelle Ausbeutungsmethoden der Eingeborenen geschützt werden. Hinsichtlich des Kautschuks ist diese Frage weniger brennend als früher, von Wichtigkeit wird sie dagegen in bezug auf manche Nutzhölzer werden. Vielleicht liegt auch in manchen Gegenden der Ersatz heimischer durch

andere Gewächse im Interesse der Gesamtwirtschaft. Man kann an dieser Stelle nicht etwa die Auffassung vertreten, daß all diese und ähnliche Dinge auch durch internationale Verträge und Vereinbarungen erreicht werden können; das ist nicht der Fall, vielmehr bedarf es dazu, wie die Erfahrung gerade in Afrika öfters gezeigt hat, einer Stelle, die den einzelnen Kolonialgebieten ihre Pflichten vorschreibt und überwacht. Um das zu erweisen, braucht man sich nur an Cecil Rhodes' großen Plan einer Eisenbahn vom Kap zum Nil zu erinnern, die bei Bestehen eines gemeinsamen kolonialen Bundesstaates viel leichter und schneller hätte vollendet werden und in der keiner der von ihr berührten Staaten eine Bedrohung seiner Sonderinteressen hätte erblicken können.

Noch ein allgemeiner Grundsatz wird sich einem jeden aufdrängen, der die Kolonialstaaten der Jetztzeit einer Untersuchung auf ihre politische Bedeutung unterzieht. Es ist vorhin schon angedeutet, daß die heutigen Kolonien ihre grundlegende Wichtigkeit zum nicht geringen Teile ihrer Stellung als Lieferanten von Rohstoffen und Lebensmitteln verdanken und daß sie daneben eine Bedeutung als Markt besitzen. Je nachdem sie dem Mutterland in dieser Beziehung unentbehrlich waren, haben sie zur Entwicklung einiger großen Kolonialreiche geführt. Dabei sind aber verschiedene politische Ungerechtigkeiten untergelaufen. Auch der Geograph hat ein unbestreitbares Recht mitzusprechen, wenn die Frage nach der Berechtigung besonders großer Kolonien zur Entscheidung steht. Soll sie folgerichtig erörtert werden, so hat sie mit der Prüfung tatsächlich bestehender Anforderungen der Kolonialstaaten an die von ihnen besetzten Gebiete zu beginnen. Hierzu tritt aber noch die Beantwortung einer weiteren Frage, die dahin zielt, ob nicht durch einzelne kolonisierende Staaten höhere Interessen, das heißt solche der gesamten Kultur-

menschheit in den Hintergrund gedrängt werden. Auch der Beantwortung dieser zweiten Frage können wir uns nicht entziehen. Die Geographie, die sich auch bei politischen Untersuchungen von der Art der in diesem Buche behandelten der Beurteilung des räumlichen Elements nicht entziehen kann, hat auch hier verschiedenes beizubringen, das für die Entscheidung über diese Dinge von Wichtigkeit ist.

Wirklich bis zu einem sehr hohen Grade auf sein Kolonialreich angewiesen ist England. Damit soll keineswegs auf eine Kritik mancher skrupellosen Erwerbung und einer Art der Kolonialpolitik verzichtet werden, die oft genug lediglich einem bloßen Land- und Machthunger zu verdanken war. Aber es ist doch über jeden Zweifel erhaben, daß Großbritannien ohne den Besitz eines sehr großen Kolonialreichs von der Stellung einer Großmacht nur zu leicht herabsinken würde. Von den Kolonien und Stützpunkten, die lediglich der Beherrschung der weiten unter britischer Flagge stehenden Gebiete und der wichtigsten Seewege dienen sollen, sehen wir hier ab; auch stehen wir ja auf dem Standpunkt, daß eine Beherrschung des Meeres schon aus Gründen des Völkerrechts unter keinen Umständen mehr statthaft ist und auch von der politischen Geographie niemals vertreten werden kann. Aber hiervon ganz abgesehen, bleibt die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs in zahllosen Beziehungen des öffentlichen Lebens so sehr von überseeischen Gegenden abhängig, daß kein verständiger Mensch ihr zum Vorwurfe machen wird, wenn sie bestrebt ist, größere Teile Außereuropas unter einer Kontrolle zu halten, wie sie eigener Kolonialbesitz einem Volke verbürgt. Zwar bezieht England schon in dem wichtigsten Teil seiner Zufuhr, den Lebensmitteln, einen beträchtlichen Teil aus Ländern, die nicht zu seinen Kolonien gehören. Das ist aber keineswegs die Folge eines Verzichts auf eigene Lieferungen, sondern nur diejenige seines un-

geheuren Bedarfs. Jedenfalls ist es in der Lage und muß dieses bei der Verschiedenheit der Ernten in den einzelnen Lieferungsgebieten sein, den Bedarf im Notfalle, das heißt bei dem etwaigen Versagen ausländischer Produktionsländer, aus seinen Kolonien decken zu können. Das gilt sowohl vom Getreide wie vom Fleisch, bei welchem die nordamerikanischen Schweinelieferungen sowie diejenigen von anderem Fleisch aus Argentinien in glücklicher Weise durch Schaffleisch und sonstige Erzeugnisse aus Australien ergänzt werden. Durch solche und andere Lieferung notwendiger Nahrungsmittel trägt das eigene Kolonialreich zur Verbilligung und Verbesserung der Lebenshaltung des Briten in hohem Grade bei. Wer will es ihm verdenken, wenn er bemüht ist, neben der Grundlage seiner Ernährung auch die Dinge in eigenen Gebieten zu erzeugen, die zum Teil seinem speziellen Geschmack besonders zusagen? Der Wunsch, besonders geeignete Gebiete für den Anbau des Tees unter seiner eigenen Aufsicht zu haben, ist schließlich durchaus verständlich, ebenso derjenige, bei dem ungeheuren Zuckerbedarf seines Landes sich wenigstens nach Möglichkeit von der Einfuhr aus fremden Gebieten freizumachen.

Zu diesem dringendsten Bedürfnis der Ernährung von fünfundvierzig Millionen Menschen tritt das einer nach Möglichkeit gesteigerten Produktion von Rohstoffen in eigenen Kolonien. Auch in dieser Beziehung muß man England in Schutz nehmen, ohne deshalb seine Politik in allen Einzelheiten gutzuheißen. Wirft man ihm Unersättlichkeit hinsichtlich der Vergrößerung seines Kolonialreichs vor, so muß man bedenken, daß, um im Bilde zu bleiben, sein Rohstoffhunger in der Tat ein außerordentlich großer ist. Der Bedarf an industriellen Rohstoffen war bei dieser Nation schon früher bedeutender als bei allen anderen. Nun hat aber in den letzten Jahrzehnten eine sehr starke Steigerung der Zu-

fuhren sich nötig gemacht, die vollständig genügen kann, um uns die Sorgfalt zu erklären, mit der der Engländer die ganze Welt durchstöberte, um neue Quellen für seine Versorgung mit diesen Dingen zu erschließen. Vor allem darf eines nicht vergessen werden. Wo England sein Auge auf irgendein Land geworfen hatte, da wurden sofort Pläne erörtert, wie es zu entwickeln sei und was es zu liefern vermöge, und den meisten dieser Gedanken muß man als ehrlicher Beobachter nachrühmen, daß sie sich durch eine bewundernswerte Großzügigkeit der Auffassung auszeichneten. Den besten Beweis liefert hier wieder die Behandlung einzelner Rohstoffe. Bekannt sind die großartigen Leistungen der Kautschukpflanzungen im östlichen Südasien, wo man sofort ein geeignetes Gebiet für die Lieferung eines Stoffes ausnützte, der früher von dort nur in ganz geringem Umfange zu erhalten war, der aber gerade in England in großem Maßstabe gebraucht wird. Nur schlechte Kenner der englischen Kolonialwirtschaft haben ferner darauf verwiesen, daß es diesem riesigen Kolonialreich noch nicht gelungen sei, das Baumwollmonopol der Vereinigten Staaten zu brechen. Mit dem Beginn der Erschließung bis dahin unentwickelter Länder hat aber Großbritannien den größten Wert auf eine stetige Steigerung ihrer Baumwollproduktion gelegt. Sein Vorgehen war genau so gut von Erfolg begleitet wie dasjenige Deutschlands, wie das namentlich die Erweiterung des afrikanischen Baumwollbaues zeigt. Daß bei einem rein äußeren Vergleich der ungeheuren Massen, die heute noch aus Nordamerika angefordert werden, das absolute Gewicht sehr gering ausfällt, beweist nichts gegen die Intensität und den Wert der englischen Kolonialarbeit in diesem besonderen Falle, so wenig, wie man uns Deutschen einen Vorwurf daraus machen kann, daß wir nur einen verschwindenden Bruchteil unseres eigenen Baumwollbedarfs aus unseren Kolonien gedeckt haben.

Auch vom Standpunkt der Gewinnung neuer und sicherer Märkte kann man den Vorwurf zu großer Habsucht dem britischen Kolonialreiche eigentlich nicht machen. Wenn ein Land solcher Märkte bedarf, um die gewaltigen Summen aufzubringen, die die Ernährung seiner Bevölkerung für die Einfuhr von Lebensmitteln aufzubringen hat, so ist es Großbritannien. Zudem war der britische Grundsatz, dem Wettbewerb anderer Nationen nicht hindernd in den Weg zu treten, durchaus geeignet, diese mit der weiten Ausdehnung der britischen Herrschaft über die Erde auszusöhnen. Die Einfuhrlisten der britischen Kolonien bestätigen diesen Grundsatz Seite für Seite. Neben einem natürlicherweise starken Überwiegen der britischen Einfuhr in den meisten größeren Kolonien findet sich ein bisweilen recht starker Anteil fremder Völker an dem Import aller möglichen Waren.

Allerdings haben sich schon seit einer Reihe von Jahren Bestrebungen geltend gemacht, das britische Gesamtreich mehr und mehr in ein in sich geschlossenes politisches Gebilde auch hinsichtlich seines Warenverkehrs zu verwandeln. Würde man zeitweise einen solchen Versuch unternehmen, so würden die wirtschaftlichen wie die politischen Folgen auf die Dauer für Großbritannien doch recht unangenehme sein und man würde voraussichtlich bald wieder von einem solchen System abgehen. Zu seiner Durchführung sind die wirtschaftlichen Interessen der übrigen Mächte in diesem ungeheuren Gebiet zu groß; diejenigen, die wirklich in größerem Umfange am Welthandel beteiligt sind, würden eine Abschnürung von einem so großen Teile unserer Erde nur schwer ertragen, und schon um des eigenen Vorteils willen würde England nicht auf die bisherige Art seines eigenen Verkehrs mit fremden Gebieten verzichten wollen, die ihm in solchem Falle ebenfalls verschlossen werden könnten. Wer auf der ganzen Erde so sehr auf die Ausdehnung der eigenen Herrschaft bedacht ist

wie Großbritannien, übernimmt damit auch Verpflichtungen politischer Natur, auf deren sorgsame Durchführung er bedacht sein muß.

Ganz anders stellt sich das französische Kolonialreich dem unparteiischen Beobachter dar. Frankreich ist, obwohl es sehr wertvolle Besitzungen im südöstlichen Asien sein eigen nennt, vorwiegend afrikanische Kolonialmacht. Wir müssen uns gegenwärtig halten, daß Afrika der einzige für Rohstoffe in sehr großem Maße geeignete Weltteil ist, in dem Europa unbeschränkt maßgebend ist. Für unsern Kontinent wäre es deshalb am vorteilhaftesten, wenn der Grundsatz, von dem vorhin die Rede war und den England seit so langer Zeit vertreten hat, auch im französischen Gebiet volle Geltung besäße.

Für Frankreich fällt ein Grund völlig hinweg, der Großbritannien zur Haltung eines ausgedehnten Kolonialbesitzes zwingend nötigt und der auch für Deutschland ins Feld geführt werden kann, um die Unentbehrlichkeit eines solchen zu erweisen. Frankreich ist ein fruchtbares Land, seine Landwirtschaft und sein Bodenbau sind hoch entwickelt. Übertrifft es schon in dieser Beziehung Deutschland und ganz besonders das britische Königreich, so beträgt außerdem die Volksdichte in diesem Lande nur 73, während sie in Deutschland 120, im Vereinigten Königreich sogar 145 Menschen auf den Quadratkilometer vor dem Kriege betrug. Frankreich ist also bei richtiger Ausnutzung seines Bodens noch weit von der Übervölkerung entfernt, die sich in Deutschland bis zu einem gewissen Grade, in dem Inselreich bereits in sehr großem Umfange geltend macht.

Der Bedarf Frankreichs an kolonialen Rohstoffen ist schließlich nur in wenigen Dingen so bedeutend, daß er den Besitz eines so großen Kolonialreichs erklären könnte. Großbritannien und Deutschland erreicht dieses Land vorwiegend nur in der Wolleinfuhr, in den andern für die Industrie besonders

wichtigen Stoffen wird es von ihnen erheblich übertroffen. 1913 hatte die Baumwolleinfuhr Frankreichs ohne die Wiederausfuhr einen Wert von rund 360 Mill. Mark, wogegen diejenige Deutschlands 550 Mill. Mark erreichte, die Großbritanniens sogar 1200 Mill. Mark nicht unbeträchtlich überstieg. Der Kautschukimport Frankreichs blieb mit 60 Mill. Mark ebenfalls erheblich hinter dem der beiden anderen Länder zurück, wo er nicht weit hinter 120 Mill. Mark zurückblieb. Wo immer wir auf die industriell verarbeiteten Massenartikel der Einfuhr besonderen Wert legen sehen, übertreffen die beiden zuletzt genannten Staaten Frankreich meist um ein bedeutendes.

Nicht anders steht es mit dem Wert, den man in Frankreich auf die Schaffung und Erhaltung neuer Märkte zu legen genötigt ist. Ist Großbritannien durch seine gewaltigen Ausfuhrwerte dazu gewissermaßen gezwungen und bleibt auch Deutschland nicht mehr sehr stark hinter diesem zurück, so liegen die Verhältnisse in Frankreich so, daß sie in keiner Weise die Festlegung eines besonders ausgedehnten Kolonialgebiets rechtfertigen. Die Gesamtausfuhr der drei hier verglichenen Staaten erreichte 1912 folgende Werte: in Großbritannien 12,2 Milliarden, in Deutschland 9,7 und in Frankreich 6,6 Milliarden Mark. Dies Land blieb also sehr erheblich hinter den beiden anderen zurück, es braucht auch aus diesem Grunde viel weniger als jene auf die Sicherung seines Handels in eigenen Kolonialgebieten bedacht zu sein.

Einen durchaus anderen Eindruck als die französischen Besitzungen machen, auch vom politischen Standpunkt aus, diejenigen eines kleinen, aber sehr tüchtigen Kolonialvolkes. Es sind die Niederländer, deren südasiatisches Reich zwar die Größe des Mutterlandes außerordentlich stark übertrifft, aber keineswegs den Eindruck macht, als sei es für das rührige Volk zu reichlich bemessen. Zur unmittelbaren Versorgung seiner

Bewohner mit notwendigen Lebensmitteln bedarf freilich auch Holland seiner Kolonien nicht, mit einziger Ausnahme vielleicht des Reises. Die Versorgung der wohlhabenden Nation mit verschiedenen wichtigen Genußmitteln verdankt es allerdings den betreffenden Ländern. Aber ihr Hauptwert für die Niederlande beruht doch in der Ermöglichung einer maßgebenden Stellung im Handel mit Kolonialprodukten dieser Art. Holland ist kein Industrieland im Sinne Englands und Deutschlands, bedarf also auch nicht wie jene großer Ausfuhrmärkte für industrielle Erzeugnisse. Seine Kolonien dienen aber der Versorgung auch anderer Völker mit jenen Dingen, in deren Vertrieb sich die Niederlande eine besonders wichtige Stellung errungen haben. Es ist also wesentlich das vermittelnde Interesse des Kaufmannes, welches sie an ihren überseeischen Besitz fesselt. Da sie als die kaufmännischen Versorger größerer europäischer Länder auftreten und diese deshalb schon um ihres eigenen Vorteils willen nicht gut überteuern können, bedeutet das in ihren Händen befindliche große und außerordentlich wertvolle Kolonialreich in keiner Weise eine Benachteiligung anderer Völker. Kolonialpolitische Feindschaft von solchen auf Grund wirtschaftlicher Mißhelligkeiten ist ihnen deshalb aus ihrem kostbaren Besitz bis in die neueste Zeit hinein eigentlich nicht erwachsen. Wieder ein treffendes Beispiel dafür, daß eine verständige Kolonialwirtschaft im Verein mit einer freien und großzügigen Handhabung des Handels in den Kolonien das beste Schutzmittel gegen die meisten einem Kolonialreich von außen drohenden Gefahren sind, wenn das betreffende Land doch nicht in der Lage ist, große Machtmittel auf ihre Verteidigung zu verwenden.

kurz zu sagen, der Unterschied zwischen Sommer und Winter. Dieser ist für das Verhalten ganzer Bevölkerungen in ihrer geistigen und damit auch in ihrer politischen Leistungsfähigkeit so maßgebend, daß wir einen Augenblick bei ihm verweilen müssen.

Schon G. Fritsch hat auf Grund seiner in Südafrika geteils auf den Erfahrungen darauf aufmerksam gemacht, daß beordentlicher Wechsel dort aufeinanderfolgenden Generatiozwischen den Staaten Buren die Spannkraft und Energie, setzenden Länder. Freilich ist auszeichnete, nachzulassen beklimatischen Verschiedenheit, die in das Land einer hergrundlegend für die Entwicklung mit verschiedeneren. Ihre Wirkung ist freilich eine indirekte, indem bestimmte Bevölkerungselemente von der dauernden Ansiedlung und damit auch von der Erlangung eines besonders großen Einflusses in bestimmten Gebieten unserer Erde ausgeschlossen werden. Ihr nationaler Einfluß wird dadurch für große Teile unserer Erde verringert, was übrigens nicht heißen soll, daß ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung für den Augenblick in der betreffenden Landschaft maßgebend sein kann. Die Gewähr der Dauer bietet er indessen in solchen Ländern nicht.

Wie aus dem eben Gesagten hervorgeht, handelt es sich bei den Einflüssen, die wir hier zu berücksichtigen haben, vorwiegend um solche physiologischer Natur. Auch sonst besitzt selbstverständlich das Klima eine starke Einwirkung auf das Gedeihen eines Staates. Sie wird uns weiter unten noch näher zu beschäftigen haben, kommt aber wesentlich in ihren wirtschaftlichen und nicht in ihren nationalen Folgen zur Geltung.

Es steht jedenfalls fest, daß es durchaus nicht gleichgültig ist, welche Rassen zur Gründung größerer Staaten geschritten sind. Die in den Tropen lebenden Völker haben auch dort, wo sie zu selbständigen Staatsbildungen gelangt sind, diesen

Bewohner mit notwendigen Lebensmitteln bedarf freilich auch Holland seiner Kolonien nicht, mit einziger Ausnahme vielleicht des Reises. Die Versorgung der wohlhabenden Nation mit verschiedenen wichtigen Genußmitteln verdankt es allerdings den betreffenden Ländern. Aber ihr Hauptwert für die Niederlande beruht doch in der Ermöglichung einer maßgebenden Stellung im Handel mit Kolonien und Erhunderten dieser Art. Holland ist kein Industrieland in besonders begünstigtem Deutschlands, bedarf also auch nicht solche Grundzüge, durch Fuhrmärkte für industrielle Erzeugende Länder, durch das Vorhandensein der Versorgung Volkes in dem betreffenden Gebiet usw., deren Vorbild das chinesische Reich ein besonders treffendes Beispiel bietet. Die Hauptsache bleibt aber doch jene klimatische Eigenart, der eine ganz besondere Wirkung zuerkannt werden muß.

Man war noch vor wenigen Jahrzehnten der irrtümlichen Meinung, daß es die hohe Mitteltemperatur sei, welche ein Land ungeeignet zum Wohnsitz eines tatkräftigen Volkes mache. Man konnte dieser Ansicht in zahlreichen populären und wissenschaftlichen Werken begegnen, ohne daß sie durch überzeugende Beweise gestützt wurde. Man ging sogar bisweilen so weit, den Südeuropäern die staatserhaltende Kraft abzusprechen, ohne zu bedenken, daß schon die Geschichte des Römerreiches in Widerspruch zu dieser Anschauung stand. Es muß also ein anderer Faktor vorhanden sein, der das eigentümliche Versagen der Bewohner tropischer Länder, aber auch dasjenige keineswegs übermäßig warmer Striche, auf dem Gebiet der staatsbildenden und staatserhaltenden Kraft erklärt.

Bei genauerem Zusehen ergibt sich denn auch, daß es weit weniger die Höhe der Temperatur ist, welche die Erregbarkeit der Nerven und damit die Energie beeinflußt, als vielmehr die jährliche Schwankung der Temperatur oder, um es

kurz zu sagen, der Unterschied zwischen Sommer und Winter. Dieser ist für das Verhalten ganzer Bevölkerungen in ihrer geistigen und damit auch in ihrer politischen Leistungsfähigkeit so maßgebend, daß wir einen Augenblick bei ihm verweilen müssen.

Schon G. Fritsch hat auf Grund seiner in Südafrika gemachten Erfahrungen darauf aufmerksam gemacht, daß bereits in den wenigen dort aufeinanderfolgenden Generationen der niederländischen Buren die Spannkraft und Energie, die ihre Vorfahren durchweg auszeichnete, nachzulassen begonnen habe. Selbst von den erst in das Land eingewanderten Nordeuropäern wurde mir dies von verschiedenen urteilsfähigen Beobachtern bestätigt. Die Geschichte des großen Burenkrieges liefert dem aufmerksamen Beobachter mannigfache Beweise für diese Tatsache, für die Fritsch selbst aus dem Verhalten europäischer Tierrassen im südafrikanischen Klima gegenüber demjenigen ihrer Verwandten bei uns entsprechende Beispiele anführt. Ein gelegentliches Aufflackern selbst zu großer Heftigkeit, dem dann meist eine längere Periode gleichgültiger Schlaffheit folgt, deutet ebenfalls auf eine Herabstimmung der nervösen Energie bei den solchen Einwirkungen dauernd ausgesetzten Bevölkerungen. Der Berliner Pathologe betont bei dieser Gelegenheit nachdrücklich den hohen Wert, der unserem Winter für die Leistungsfähigkeit des Europäers beizumessen ist. Wenn schon eingewanderte Bevölkerungen nach wenigen Jahrzehnten die schweren Nachteile des Lebens in gleichmäßig milden Strichen erkennen lassen, so ist klar, daß diese bei jenen Völkern, die ihnen seit Jahrtausenden unterworfen waren, in noch ganz anderem Sinne zur Geltung kommen. Diesen werden wir die Fähigkeit zur Bildung dauerhafter Staaten von vornherein absprechen müssen. Ein Land, das man als Beweis für das Gegenteil anführen könnte, vermag im Gegenteil die

hier ausgesprochene Ansicht zu bestätigen. Das von Südarabien aus begründete Abessinien hat sich nur so lange selbständig zu erhalten vermocht, als es durch fast vollkommene Isolierung vor allen äußeren Einflüssen bewahrt wurde. Als es diesen ausgesetzt wurde, haben seine Bewohner nicht mehr die Energie besessen, es vor dem Verfall zu bewahren. Selbst das Christentum hat seine Kraft infolge der steigenden Erschlaffung der Kultur daselbst eingebüßt und ist zu einem Zerrbilde herabgesunken.

Die Bedeutung der erwähnten Jahresschwankung der Temperatur tritt uns nirgends besser entgegen als beim Vergleich einiger Orte in verschiedenen Erdgegenden. Stellen wir New Orleans und Durban in Südafrika nebeneinander. Beide Orte sind am Meere gelegen, beide befinden sich in gleicher Entfernung vom Äquator (30 Grad), beide endlich haben eine nur sehr wenig (1,3 Grad) voneinander abweichende Mitteltemperatur. Aber in Durban unterscheidet sich der wärmste Monat vom kühlsten nur um 7 Grad, während die Jahresschwankung in New Orleans trotz der unmittelbaren Nachbarschaft des temperaturausgleichenden Meeres fast 18 Grad beträgt. Wie nicht die Höhe der Sommerwärme, sondern die Wintertemperatur den Körper beeinflußt, zeigen zwei andere Orte in Britisch-Ostafrika; fast unter dem Äquator beträgt die Jahrestemperatur in der ungefähren Höhe des Rigi nur etwa 17 Grad und kein einziger Monat hat mehr als 18 Grad Mittelwärme. Trotzdem wird die Spannkraft des Nordeuropäers im südlichen Nordamerika viel weniger benachteiligt als in dem kühlen ostafrikanischen Gebiet. St. Louis in Missouri hat allerdings einen Sommer, der im heißesten Monat demjenigen von Westafrika in der Nähe des Äquators entspricht, dafür aber ist der Januar ebenso kalt wie in Erfurt und viel kühler als auf den deutschen Nordseeinseln. Für denjenigen, der die hohe Sommertem-

peratur mit ihrer Schwüle zu ertragen vermag, die ja allerdings die Gesundheit ein paar Monate hindurch beeinträchtigt, bedeutet der verhältnismäßig harte Winter einen Einfluß, der dem Nordländer erst die gewohnte Leistungsfähigkeit verbürgt.

Diese Grenzfälle werden genügen, um zu zeigen, daß die niedrig gelegenen Gebiete der Tropen, in denen sich zu der Gleichmäßigkeit der Temperatur noch deren Höhe gesellt, für die Tätigkeit energischer Völker bei dauernder Ansiedlung überhaupt keinen Platz bieten. Wenn dieser Satz noch nicht so sehr in seiner grundlegenden Wahrheit erkannt wird, wie man annehmen sollte, so liegt dies daran, daß die dortigen Staatsgründungen europäischer Völker noch sehr jugendlichen Datums sind. Nach einer schwerlich lange dauernden Periode staatlicher Selbständigkeit werden diese Staaten sicherlich den klimatisch begünstigteren unter ihren subtropischen Nachbarn weichen.

Besondere Eigentümlichkeiten des Klimas wirken aber auch neben einer hinreichenden Jahresschwankung der Temperatur auf eine Erhöhung der Energie und damit schließlich auf die Erhaltung der staatsbildenden Kraft ein. J. Hann betont in seinem Handbuch der Klimatologie, daß Völker in windreichen Gebieten sich durch besondere Spannkraft auszeichnen. Derartige Klimate treffen wir besonders in den west- und nordwesteuropäischen Küstengebieten. Da dem Seewind dieser Gegenden, auch abgesehen von seiner Häufigkeit und Stärke, eine die nervöse Energie außerordentlich fördernde Wirkung zukommt, so läßt sich schon aus diesem Grund die staatliche Begabung der in seinem Wirkungsbereich ansässigen Völker erwarten. Die Geschichte dieser Gegenden bestätigt das, freilich nicht ohne daß gleichzeitig die den einzelnen Völkern angeborene natürliche Begabung eine Rolle dabei spielen würde. Jedenfalls zeigt uns aber die Macht

und die Energie, mit der sich die Germanen Nord- und Nordwesteuropas und der deutschen Küstengebiete in Großbritannien, den Niederlanden, ferner in den früheren Perioden Skandinaviens und in ihren Nachkommen noch jetzt von größtem Einfluß in den Hansestädten betätigten, wie diese Eigenschaft des Klimas die erwähnten Völker und Volksteile besonders geeignet zur Beherrschung großer Gebiete und zu einer führenden Rolle im Seewesen gemacht hat.

Ein letzter ebenfalls die Energie fördernder Faktor, der die Schädigungen wärmerer Klimate bis zu einem gewissen Grade ausgleicht, ist die Trockenheit der Luft innerhalb der Steppen und Wüsten unserer Erde. In diesen, namentlich in den wärmeren Teilen der Alten Welt in ungeheurer Ausdehnung vorhandenen Zonen treffen wir auf Völker, denen ebenfalls eine gewisse Energie (im staatlichen Sinne) von der Natur ihrer Wohnsitze verliehen wird. Sie sind staatenbildend zwar auch in manchen üppigeren Gegenden der Erde aufgetreten, Staaten von Dauer begründet haben sie indessen vorwiegend in solchen Ländern, die ihrer Heimat in manchen Zügen ähnelten. Die Mongolen im Innern Vorderasiens sind ein Beweis für diese Eigenart des Wüstenklimas, ganz besonders aber die Araber, die wenigstens als herrschende Klasse jahrhundertelang ihren Einfluß von ihrer asiatischen Heimat durch ganz Nordafrika bis nach Spanien hin zur Geltung brachten.

Es handelt sich bei dem Gebiet, das für die Europäer unter den oben erwähnten Schattenseiten leidet, als bei der Tropensonne im engeren Sinne, um Landschaften von außerordentlicher Ausdehnung. Ihre geringe Jahresschwankung, ihre zumeist recht hohe Temperatur und ihre große Luftfeuchtigkeit machen sie überhaupt wenig geeignet für eine lebhaftere Tätigkeit aller Klassen und Berufe, so daß sie recht eigentlich auf die körperliche Tätigkeit derber Rassen an-

gewiesen sind. Höhere politische Organisationen setzen aber die allgemeine Teilnahme einer geistig regsamen Bevölkerung voraus, sind also nach dem oben Ausgeführten nur in kühleren Klimaten denkbar. Geht man von dieser unleugbaren Tatsache aus, die sich je länger je mehr in all den in Frage kommenden Ländern erweisen wird, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß hier das gegebene Gebiet für die Kolonien höherstehender Völker vor uns liegt. Es umfaßt rund 35 bis 40 Millionen Quadraktilometer, übertrifft also Europa um mehr als das Dreifache. Die Abhängigkeit von den Völkern kühlerer Zonen, in der Natur dieser Gegenden begründet, wird sie immer wieder auf den Standpunkt politisch unselbständiger Kolonien herabdrücken. Daran kann auch die zufällige politische Abgrenzung solcher Länder nichts ändern. Brasilien, das heute noch rein äußerlich betrachtet der bloßen Grenzziehung nach als ungeheurer Einheitsstaat vor uns liegt, ist ein solches Gebilde, das genau genommen schon durch sein Klima zu zwei ganz verschiedenen Staatswesen bestimmt erscheint. Der Süden mit seiner subtropischen Natur wird stets das Gebiet höherer Kultur auch im staatlichen Sinne bleiben. Ihm stehen die ungeheuren Ebenen des echt tropischen Nordens als Gegensatz von großer Schärfe gegenüber. Sobald diese einmal dichter besiedelt sind als heute, wird sich unbedingt ein deutlicher Unterschied in der Begabung und in der Energie der die beiden Teile bevölkernden Einwohner herausbilden. Ob eine andere Rasse als die europäische, etwa die mongolische, noch imstande sein wird, in solchen Gebieten der Tropenzone mehr an politischer Energie aufzubringen als die Europäer, läßt sich noch nicht entscheiden. Anzunehmen ist indessen, daß selbst dieser außerordentlich zähe und lebensfähige Teil der Menschheit, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, denselben Gesetzen unterliegt wie die Europäer. Damit aber dürfte das politische Schicksal der reinen

Tropenländer auf ein dauerndes Beherrschtwerden durch höherstehende Völker hinauslaufen. Die Kälte, die sich in besonders niedrigen Mitteltemperaturen äußert und in deren Herrschaftsgebiet kein genügend warmer Sommer mehr zustande kommt, um noch irgendwelchen Landbau zu gestatten, wird ebenfalls gewisse politische Folgen haben. Sie sind aber insofern anders als die Wirkungen der Tropen, als sie die Entwicklung selbständiger Staaten nur wegen der Armut an Menschen ausschließen. Diese Gebiete sind bisweilen so menschenleer, daß sie nur in vollster Abhängigkeit von anderen Gebieten bestehen können. Landschaften größeren Umfanges, in denen wir erst auf mehreren Quadratkilometern auf einen Menschen treffen, entbehren der Grundbedingung zu jeder Staatenbildung, der persönlichen Berührung einer Gruppe von Bewohnern mit derjenigen benachbarter Gegenden. Die sonstigen Einwirkungen des Klimas auf die verschiedenen Staaten sind natürlich wesentlich indirekt. Dahin gehören vor allem die Niederschläge, ihre Menge und ihre Verteilung über das Jahr. Ganz besonders günstig war, wie schon die geschichtliche Entwicklung gezeigt hat, die künstliche Bewässerung in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung und damit zugleich auf die politischen Verhältnisse. Sie führte in Zeiten, in denen die sorgfältige Handhabung bestimmter Gesetze noch nicht allgemein war, schon von selbst auf die allgemeine Anwendung bestimmter Vorschriften. Auch wurde selbst die Einwohnerschaft jugendlicher Staaten dadurch auf die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns geführt. Das klassische Beispiel hierfür sind die beiden ältesten Staaten der Menschheit, die freilich wie kein anderer auf die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns des ganzen Volkes angewiesen waren, Ägypten und Babylonien. Besonders im Nillande war das ganze Leben schon vor Jahrtausenden so abhängig von dem Verhalten des Stromes, daß die Bewohner wie von selbst

darauf geführt wurden, ihr gesamtes Leben nach einheitlichen Gesichtspunkten zu ordnen. Ein Durcheinander in Wirtschaft und öffentlichen Dingen, wie es etwa in West- und Mitteleuropa möglich ist, wäre hier einfach undenkbar gewesen. Ein weiterer Vorteil für solche und ähnliche Staaten war die weitgehende Verdichtung der Bevölkerung in den bewässerbaren Strichen, welche diese häufig in einen scharfen Gegensatz zu ihrer weiteren Umgebung stellt. Wo diese begünstigten Landschaften ausgedehnt genug sind, bilden sie deshalb häufig Kulturinseln von höchstem Wert, die aus diesem Grunde und wegen der Gemeinsamkeit aller ihrer Interessen häufig genug zu Staatsbildungen von großer Dauerhaftigkeit Anlaß gaben. Ein Beispiel gewährt uns wieder Ägypten, das trotz der oft lange Zeit hindurch währenden Fremdherrschaft eigentlich stets eine politische Einheit gewesen ist. Das zweite, noch großartigere Beispiel intensivster Gartenkultur zeigt uns das in ganz ähnlicher Weise. Es ist China, das trotz seines hohen Alters aus denselben Gründen bis auf den heutigen Tag seine Einheit zu wahren verstanden hat. Aber auch die Entwicklung von Ländern kleineren Umfanges in den übrigen Bewässerungsgebieten der Alten Welt läßt uns die Bedeutung dieser Art von Bodenkultur für den Staat immer wieder erkennen. Allerdings fehlt ihnen die Mannigfaltigkeit der vorhin erwähnten Gebiete der gemäßigten Zone, in welchen die Hauptkulturstaaten der neuen Zeit liegen. Diese Mannigfaltigkeit setzt sie in geistiger Beziehung in Vorteil gegen die Bewässerungsstaaten mit ihrer größeren Einseitigkeit der gesamten Kultur. Dafür fehlt ihnen aber jene konservierende Eigenschaft der Natur, die sie auch politisch gegen häufige Änderungen ihrer Machtstellung und der Grundlagen ihres ganzen wirtschaftlichen Lebens sichert.

Jedenfalls ist auffallend, daß diejenigen Länder, sowohl die größeren Umfanges als auch diejenigen Landschaften, die

von Anbeginn an auf die intensivste Bodennutzung unter gleichzeitiger Heranziehung einer weitgehenden Wasserverwertung angewiesen waren, niemals einem so starken Wechsel ihrer Bevölkerungen ausgesetzt waren, wie diejenigen unserer gleichmäßig bewässerten Zone. Damit erhielten sie von vornherein ein starkes Beharrungsvermögen auch in politischer Hinsicht.

VI. Binnengewässer und Staaten.

Auch in unseren Breiten, in denen das im vorigen Kapitel behandelte Moment der Einigung fehlt, gibt es zwei geographisch höchst wirksame Erscheinungen, welche die Entstehung und Erhaltung größerer Staaten außerordentlich begünstigen. Die erste von ihnen ist die Form der Ebene, welche durchaus nicht ein einziges zusammenhängendes Tiefland darzustellen braucht, der aber größere auf weite Strecken hin wirksame Trennungslandschaften in Gestalt von Gebirgen oder ähnlichen Unterbrechungen fehlen müssen. Von außerordentlicher Wichtigkeit ist sodann das Vorhandensein untereinander leicht erreichbarer und ebenso leicht miteinander zu verbindender Wasseradern. Es ist kein Zweifel, daß manche Gebiete ihre staatliche Einheit zwar nicht diesem Umstande verdanken, daß diese aber durch die Art ihrer Bodenanlage bedeutend gefördert wurde. Es gewährt einen besonderen Reiz, eine Reihe von älteren Staatsgebieten daraufhin einmal näher anzusehen. Betrachten wir Frankreich, das schon so lange Zeit einen stark zentralisierten Staat bildete, so tritt uns diese Einheit auch in seinem geographischen Aufbau sehr deutlich entgegen, wenn wir die vortrefflich miteinander verbundenen Hauptlandschaften nördlich der südfranzösischen Gebirge beachten. Das einzige schärfer abgesonderte Gebiet

ist der Südosten, aber auch dieser besitzt gute Wasserverbindungen mit den übrigen Landschaften an zwei verschiedenen Stellen. Die mittelfranzösischen Gebiete an der Saone aber sind von Paris und vom Norden durch keinerlei schwer zu übersteigende Gebirge getrennt. Das strahlenförmige Auslaufen der verschiedenen Stromgebiete von dem mittel- und südfranzösischen Berglande begünstigte weiterhin den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Kulturlandschaften, die durch diese räumliche Anordnung sämtlich einander stark genähert wurden. In ganz gleicher Weise sehen wir den Bau des Landes in England wirksam werden. Auch hier sind die Ebenen überall gut miteinander verbunden, und Hochländer von einiger Ausdehnung schieben sich nirgends trennend zwischen die einzelnen Niederungen, die überall, zwar nicht sehr große, aber recht wasserreiche schiffbare Flüsse tragen. Der Zusammenhalt auch des englischen Königreichs schon in früherer Zeit wurde dadurch bedeutend erleichtert, während Schottland schon durch die äußere Anordnung seiner Berglandschaften zu langdauernder Selbständigkeit gewissermaßen vorbestimmt war.

Das Bild, welches uns unsere eigene Heimat gewährt, ist so ganz anders als das der beiden eben erwähnten Länder, daß es uns zu einer besonderen Betrachtung nötigt. Schon der orographische Bau der süd- und mitteldeutschen Landschaften steht in denkbar schärfstem Gegensatz zu den westeuropäischen Gebieten. Durchgreifende Ebenen ohne Trennung, ohne die größere Staaten sich nur schwer zu entwickeln vermögen, sind nur in zwei Gebieten vorhanden: im Südwesten, wo aber die große Längserstreckung des schmalen Tieflandes zur Folge hat, daß das Gebiet von mehreren deutschen Stämmen eingenommen wird, wodurch wieder die Bildung eines größeren Einheitsstaates erschwert wurde; das zweite Gebiet, eine flache Hochlandschaft, ist größer und erleichterte

immerhin die Entstehung eines für süddeutsche Verhältnisse größeren Staates. Zu diesen beiden Landschaften treten eine Reihe anderer, von Plateaus und Gebirgen erfüllter Gebiete, die überhaupt keinen größeren ebenen Raum zur Entfaltung lassen und vielfach scharf von den Nachbarlandschaften getrennt sind. Betrachten wir die Gewässer dieses ganzen recht ausgedehnten Gebiets, so beschränken sich diese im ganzen Süden und Westen auf zwei miteinander sehr schlecht verbundene Systeme, auf das des Rheins und dasjenige der Donau. Es kommt hinzu, daß das südwestdeutsche Tiefland sich in seinem größten Teile keineswegs durch besonders günstige Wasserverhältnisse auszeichnet, daß also die große Ader des Rheins durchaus nicht die zusammenfassende und staatserhaltende Eigenschaft einer mächtigen Verkehrslinie besaß, die sie erst im Norden der Oberrheinischen Ebene annimmt. Die Donau und die ihr mit reißendem Gefälle von den Alpen her zuströmenden Nebenflüsse spielen auf deutschem Boden überhaupt keine sonderliche Rolle; erst wo sie durch die österreichischen Länder dahinströmt, kommt ihr, hier allerdings in hervorragendem Maße der Rang eines staatserhaltenden Elements zu. Da sie nicht in ein verkehrsreiches nahegelegenes Meer führt und da auch der Rhein durch die bisherigen politischen Verhältnisse seiner Mündung eine Wirkung auf die ihm anliegenden süddeutschen Staaten im Sinne ihrer Annäherung an die Nordsee nicht auszuüben vermochte, so erkennt man nur eine sehr geringe Wirkung von Bau und Gewässern auf die Tendenz zur Bildung größerer Staaten.

Ähnliches gilt auch von den Landschaften des mittleren Deutschland. Wo hier westlich der unteren Saale die mitteldeutschen Bergzüge und Plateaus breiteren Flußebenen Raum zur Entwicklung lassen, beginnt ein Gebiet, das mit dem Norden und mit dem Deutschen Meer in engere Beziehungen gebracht ist. Bis dahin aber treffen wir auf all jene

Nachteile, welche die Staatenbildung in Süddeutschland so verschiedenartig gestalteten. Zur Vermeidung von Irrtümern mag gesagt werden, daß eine Benachteiligung natürlich nur im politischen und wirtschaftlichen Sinne stattfand, durch welche die Bildung eines deutschen Einheitsstaates verhindert wurde. In kultureller Beziehung bedeutete diese Entwicklung umgekehrt einen Vorteil für Süddeutschland und die ihm benachbarten Striche im Westen des Reiches. Immerhin darf man aber nicht, wie das bei uns so vielfach geschieht, jene kulturellen Vorzüge überschätzen. Sie bedeuten gewiß in geistigen Dingen einen unleugbaren Vorzug. Aber für die Behauptung des Einflusses und der Machtstellung auf wirtschaftlichem Gebiete ist nicht zu leugnen, daß ein kräftiger Einheitsstaat die Führung auf staatlichem Gebiete übernehmen muß, soll nicht der Zusammenhang des Ganzen schwer gefährdet werden. Ein solcher war aber schon aus geographischen Gründen nur im Norden Deutschlands gesichert, wodurch sich von selbst der stärkere Einfluß ebendieses Nordens erklärt.

Zunächst ist in Norddeutschland die Form der Ebene oder des ganz flachen Hügellandes vorherrschend. Eine volle Einheitslandschaft bildet der Osten des norddeutschen Flachlandes, der infolgedessen auch den Hauptteil der preußischen Monarchie auf seinem Boden erwachsen sah. Auch die Einheit des östlichen Teiles von Preußen ist in sehr weitgehendem Maße geographisch gestützt, und die Politik der Hohenzollern wurde dadurch außerordentlich begünstigt. Der Bau des ganzen Gebiets gestattete auf sehr große Entfernungen die Anlage eines guten Straßennetzes, welches später durch Eisenbahnen abgelöst wurde, und das sich in der Richtung auf die im Zentrum der Ostprovinzen liegende Hauptstadt zu vereinigen vermochte, ohne durch größere Hindernisse oder durch ausgedehnte und siedlungsarme Ödländereien von seinem

Hinausstreben zu wichtigen städtischen Endpunkten abgelenkt zu werden. Dazu kam noch ein zweites, das diese Großlandschaft vor den übrigen deutschen Gebieten sehr in Vorteil setzte. Nicht allein, daß dieses ostelbische Gebiet von drei gewaltigen Strömen durchzogen wird, die seine Städte mit dem Meer in nahe Beziehung setzen, sondern die ostwestlichen stattlichen Nebenflüsse setzen die Hauptströme noch in großer Entfernung von der See untereinander in gute Beziehungen. Dem großen Staat, der hier zur Entwicklung gelangte, verdanken die Provinzen dieses Gebiets eine Reihe vortrefflicher Verbindungen noch im tieferen Binnenlande, denen das übrige Deutschland, und zumal der Süden, bis jetzt nichts Ähnliches an die Seite zu stellen hat. Was Preußen als der Besitzer eines vortrefflichen Strom- und Kanalsystems diesem Umstande auch politisch verdankt, verdient in der Tat die ständige Beachtung aller politisch interessierten Kreise.

Man kann auch vom Standpunkt der Geographie aus die Naturnotwendigkeit einer engeren Vereinigung der westlichen und der östlichen Landschaften dieses deutschen Staates nachweisen, die ursprünglich nicht durch die politische Geschichte gegeben war. Die Tatsache, daß der Westen Norddeutschlands von den durch die Elbe begrenzten Ebenen bis weit in den Norden hinein durch Gebirge und Höhenzüge getrennt ist und daß ihn im Norden weite Heidestrecken und moorige Landschaften durchziehen, daß ferner seine Flußgebiete nicht mehr von jener großen westöstlich streichenden Senke durchzogen sind, die für den Osten Preußens so wichtig geworden ist, zeigt uns, wie notwendig gerade hier die Vereinigung beider Gebiete gewesen ist. Eine wichtige von der preußischen Monarchie noch nicht hinreichend gelöste, aber bereits in Angriff genommene Aufgabe, die nur ein größerer Einheitsstaat zu übernehmen vermochte, liegt sowohl in der Ausgestaltung der Eisenbahnverbindungen zwischen den beiden wirtschaftlich

aufeinander angewiesenen Teilen, wie vor allem in der Schaffung großangelegter Wasserverbindungen zwischen diesen, die dank dem Aufbau des nordwestlichen Deutschland auch hier ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen sind.

VII. Geschlossene Nationalstaaten.

Bisher haben wir die Staaten ohne Rücksicht auf die Nationalität ihrer Bürger behandelt. Neuerdings vollzieht sich ein immer stärker bemerkbarer Umschwung in den Anschauungen der einzelnen Völker, der darauf hinausläuft, die Nationalität bei der Abgrenzung der verschiedenen Staaten immer mehr in den Vordergrund zu rücken. Das Element, welches damit in den Kreis unserer Untersuchungen rückt, ist ein eminent geographisches, denn kein einziges unter allen Kulturvölkern ist ohne bestimmte Wohnsitze denkbar. Selbst die Juden, die man verschiedentlich als Beweis für das Gegenteil angeführt hat, sind seit dem Mittelalter zu Bestandteilen derjenigen Völker geworden, unter denen sie seit längerer Zeit ansässig sind. Diejenige Lebensäußerung, die ehemals die Trennung größerer Teile der Nationen von ihren Stammverwandten begünstigte, ist längst kein Grund zu scharfer im Leben der Staaten sich äußernder Trennung mehr, wenigstens nicht in den modernen Kulturvölkern. Wirklich begünstigt wird die Sonderung der einen Nation von der anderen in erster Linie durch die Sprache, und hier ist eben das geographisch am meisten erkennbare Moment gegeben. Zwar lassen sich auch religiöse Unterschiede, wie überhaupt die kulturellen Verschiedenheiten recht gut kartographisch niederlegen. Sie alle treten indessen dem Beobachter,

besonders bei flüchtiger Berührung mit einem Gebiet, nicht so scharf und deutlich entgegen, wie die sprachlichen Verschiedenheiten, die ja schon unmittelbar auf die Sinne wirken. Auch das Durcheinanderwürfeln der Bevölkerung, wie es namentlich durch die moderne Industrie und den heutigen Verkehr vielfach herbeigeführt wird, wird durch religiöse und kulturelle Unterschiede in unseren neuzeitigen Staaten weniger beeinflußt. Anders die Sprache, in deren Bereich sich Verschiebungen der einzelnen Volkselemente schwerer und langsamer vollziehen als auf anderen Gebieten. Die Sprachgrenze beweist uns das in ihrem nur langsam schwankenden Verlauf, und die die einzelnen Volksgrenzen darstellenden Karten tragen selbst in unserer beweglichen Zeit das Gepräge einer gewissen Konstanz. Die Hauptursache gewisser Veränderungen hat man der Industrie zuzuschreiben, aber selbst in diesem Falle handelt es sich meist nur um einen größeren Prozentsatz anderssprachiger Bevölkerung, die mit der ursprünglichen lediglich untermischt ist. Zur Bildung reiner Enklaven reicht bei der geringen Seßhaftigkeit der industriellen Bevölkerung dies Element meist nicht aus, diese finden sich daher weit eher in ländlichen Gebieten, brauchen aber zu ihrer Herausbildung in der Regel viel längere Zeit.

Das sprachliche Element, als der eigentliche Träger der nationalen Verschiedenheit, hat nun durch die eigenartigen Vorgänge der neuesten Zeit einen bisher unbekannten Einfluß auf die Entwicklung zahlreicher in der Umgestaltung begriffener Staaten gewonnen. Man kann sagen, daß in den Gebieten der europäischen Staaten der im Flusse befindlichen Neubildung von solchen oder der Abänderung der bereits bestehenden wenigstens formell sprachliche, das heißt also nationale, Unterschiede zugrunde liegen sollen. Daß dieser Grundsatz nicht überall gewahrt ist, ist eine Folge des Egoismus sowohl der Sieger im Weltkriege wie auch der meisten

der erst neuentstandenen Staaten, trifft aber keineswegs die Grundsätze, die der neuen Grenzziehung zugrunde gelegt sind. Aber betrachten wir zunächst die unmittelbaren Folgen der Anwendung der Leitsätze auf die Staaten in ihrer geographischen Erscheinung.

Bei der augenblicklichen Lage bedarf es mehr denn je einer genauen Berücksichtigung der räumlichen Anordnung, in der uns die verschiedenen Völker Europas begegnen. Die westlichen Staaten Europas sind in dieser Hinsicht bedeutend besser daran als Deutschland, und vollends verwirrt wird das Bild, das uns Osteuropa bietet. Ja, dessen eigenartige Volksverteilung setzt sich in dem bunten Durcheinander verschiedenster Nationalitäten auf dem Boden des westlichen Vorderasien fort. Man hat, um dieses Bild kartographisch wiederzugeben, eine Darstellung der Länder des größten Völkergemisches in Europa veröffentlicht, und es ist bezeichnend, daß diese alle jene Gebiete umfaßt, die von den neuentstandenen Staaten Ost- und Mitteleuropas eingenommen werden. Bezeichnend ist aber auch, daß die Länder Westeuropas mit Ausnahme einer Stelle so einheitlich erscheinen, daß für sie schon darin ein wesentliches Moment ihrer Macht liegt. Ganz besonders gilt das von den drei romanischen Ländern. Die kleine baskische Insel zwischen Spaniern und Franzosen kommt überhaupt nicht in Betracht, und die Bevölkerung Kataloniens unterscheidet sich in nationaler Beziehung nicht genügend von den Spaniern, um als selbständige Volksmasse betrachtet zu werden. Frankreich besitzt in der kleinen Zahl selbständiger Bretonen viel zu wenig Fremde, als daß diese jemals, von anderen Gründen ganz abgesehen, auf den Gedanken einer selbständigen Stellung kommen könnten. Dasselbe gilt von Italien, das jenseits der im Süden der Alpen verlaufenden Sprachgrenze eine fast völlige nationale Einheit darstellt, die erst in dem Augenblicke verändert werden würde, in dem die-

jes Land selbst die Hand auf nichtromanische Gebiete legt. Eine Ausnahme unter den westeuropäischen Staaten bilden lediglich die beiden kleinen an der Grenze zwischen Romanen und Germanen gelegenen Staaten, von denen der eine, die Schweiz, in seiner alten Geschichte und seinen ganz gleichartigen Lebensbedingungen, sowie in einer gewissen Selbständigkeit der einzelnen politischen Bezirke ein sehr wirksames Gegengewicht gegen die Bestrebungen besitzt, welche die übrigen Staaten unseres Weltteils in ihrem Zusammenhalt des öfteren zu erschüttern drohen. In dem zweiten der westlichen Grenzstaaten, in Belgien, wird die Doppelnationalität durch Neigung und Gewohnheit der beiden in Frage kommenden Völker jedenfalls nicht entfernt durch die einigenden Momente zusammengehalten, wie in der eben erwähnten alpinen Republik.

Weniger günstig als die romanischen Hauptstaaten steht die germanische Großmacht Nordwesteuropas. Hier stehen einer einheitlichen germanischen Bevölkerung auf der Hauptinsel allerdings nur kleinere Bestandteile der keltischen Urbevölkerung gegenüber, die noch dazu die politischen Gegensätze einer früheren Zeit längst überwunden haben. Dafür aber ist die zweite Hauptinsel des britischen Königreichs in der Masse ihrer Bevölkerung nicht allein anderer (ebenfalls keltischer) Nationalität, sondern hier bestehen Gegensätze in Sprache und Volkscharakter, die in neuerer Zeit immer gebieterischer auf eine Änderung der politischen Zustände hindrängen. Das Streben der irischen Bevölkerung, der Herrschaft Englands, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, sich zu entziehen, wird dadurch stark unterstützt, daß diese unruhigen Elemente innerhalb des Vereinigten Königreichs einen starken Rückhalt in den irischen Einwanderern Nordamerikas finden. Immerhin ist die Einheitlichkeit des britischen Wirtschaftslebens durch die in Irland herrschenden Zu-

stände weniger berührt als durch die nationalen Gegensätze, die wir weiterhin in Mitteleuropa sich äußern sehen. Sehr wenig durch die nationalen Verschiebungen an seinen Grenzen dürfte auch der germanische Norden unseres Kontinents berührt werden. In Skandinavien sind die beiden allein maßgebenden Gebiete auf fast einheitlich bevölkerte Wohnsitze beschränkt, da die nordischen Lappen so gut wie gar nicht in Betracht kommen. Nur im nördlichen Schleswig kommt ein geringes Übergreifen des Dänentums über die bisherige deutsche Grenze in Frage, das indessen die maßgebenden Siedelungen und die dichter bevölkerten Teile unserer Nordprovinz nicht berührt.

Anders als in Westeuropa äußert die Verteilung der Nationalitäten ihren Einfluß in Mitteleuropa. Hier, an der Ostgrenze des Deutschtums treffen wir auf nicht weniger als sechs verschiedene Völker und Sprachen. Dazu kommt, daß sie keineswegs durch eine einigermaßen gleichmäßig verlaufende Grenzlinie von uns getrennt sind, ja das eine von ihnen, die Tschechen, bewohnt gewissermaßen eine tief in das deutsche Gebiet hineinreichende sprachliche Halbinsel. Das Polentum ist ebenso wie die Slowaken und die Magyaren von zahlreichen deutschen Sprachinseln durchsetzt. Es ist das besonders in dem Gebiet der östlichen Provinz Posen der Fall, in der selbst unter überwiegendem Slawentum noch sehr zahlreiche Deutsche angesiedelt sind. Bekannt sind ferner die noch weiter nach Osten vorgeschobenen deutschen Inseln von oft beträchtlicher Größe, wie wir solche namentlich im südlichen Ungarn und in Siebenbürgen antreffen. Das so entstehende Völkergemisch erschwert außerordentlich eine Trennung der verschiedenen Nationen. Dazu kommt noch eine weitere Schwierigkeit: es ist völlig unberechtigt, gewisse Bestandteile der östlichen Völker lediglich auf Grund sprachlicher Trennung mit dem entstehenden polnischen Reiche zu vereinigen. Das gilt

ebenso von der Sprachinsel der Kassuben westlich der unteren Weichsel, wie von den durchaus nicht den Polen gleichzusetzenden Masuren in Ostpreußen. Völlig unmöglich erscheint es, dem Tschechentum irgendwelche maßgeblichen Teile Deutsch-Böhmens zu überlassen. Kurz, man sieht, daß neben der an verschiedenen Stellen ganz offenbaren Unmöglichkeit, wichtige deutsche Gebiete von ihrem Stammlande zu trennen, eine Abgrenzung in dem Umfang, wie sie von den slawischen Völkerschaften gewünscht wird, einfach undurchführbar ist.

Wir erkennen in der außerordentlichen Erschwerung einer Entscheidung, die sich selbst bei viel größerer Bescheidenheit der östlichen Völker zeigen würde, wie bedeutsam die vermittelnde Aufgabe der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie war. An den Grenzen der östlichen Völkerschaften beginnt bereits jetzt ein Hin- und Herschieben, wie es bei ihrer, im Vergleich zum Deutschtum, viel geringeren Zahl in Zukunft die ruhige Entwicklung der neuentstandenen Staaten erheblich erschweren wird.

Es ist aber nicht bloß diese Zone, die man als ein Gebiet größter Anhäufung von Staaten mittleren Ranges bezeichnen kann, sondern sie setzt sich auch nach zwei anderen Richtungen noch fort. Im Norden heischen Letten und Esten auf Grund des Nationalitätsprinzips staatliche Selbständigkeit und jenseits der Ostsee tun dasselbe, freilich mit mehr Aussicht auf eine geistig bedeutende Stellung, die Finnen. Können wir in der eben erwähnten Längszone ein Grenzgebiet erkennen, das zu den beiden Hauptmassen des Slawentums hinüberführt und sie von Mitteleuropa auch räumlich trennt, so ist auch das südliche Osteuropa ein Gebiet größter Völkermischung. Selbst die räumlich größte Landschaft, der Wohnsitz der Rumänen, lagert sich um einen recht ausgedehnten Landschaftskern, der auf der einen Seite von Ungarn, auf

der anderen von Deutschen bewohnt wird. Den Südslawen des Nordwestens steht auf der anderen Seite die ziemlich geschlossene Masse der Bulgaren gegenüber, zwischen denen osmanische Reste im Norden und das griechische Element in der Nähe des Meeres auftreten. Zwischen Südslawen und Griechen schiebt sich die Volksinsel der Albanier ein. Das Ganze gewährt ein Bild, wie es die ethnologische Verteilung auf keiner Karte der Kulturvölker wieder aufweist.

Das verhältnismäßig einfache Bild, das eine politische Karte Osteuropas noch vor wenigen Jahren ergab, ist in sein Gegenteil verwandelt. Schon die aufmerksame Beachtung der Buntheit, die das Hauptmerkmal dieser ganzen Landschaft in Zukunft auch politisch bieten soll, gibt zu denken und läßt mit ziemlicher Gewißheit schließen, daß es noch eine Weile dauern wird, bis die bewußten Staaten auch rein äußerlich zu Gebieten mit festen Umrissen sich entwickeln werden.

Diese merkwürdige Zone ist nicht einmal auf das europäische Festland beschränkt. Sie setzt sich noch im vorderasiatischen Gebiete fort. Im westlichen Teil finden wir allerdings außer den Griechen des Küstenlandes nur die geschlossene Masse der Osmanen. Sobald wir indessen das eigentliche Kleinasien hinter uns haben, beginnt noch einmal eine Gegend größten Völkergemisches, in der außer Kurden und Armeniern auch noch die verschiedenen Völkerschaften des Kaukasus einen selbständigen Platz beanspruchen. Man kann demnach den Osten Europas und den ihm benachbarten Teil Vorderasiens in einen starken Gegensatz zu West- und Mitteleuropa stellen. Das politisch-geographische Bild, das weiten Kreisen während des Bestandes des Russischen Reiches vorschwebte und das ihnen gleichbedeutend mit einem außerordentlich großräumigen, die Selbständigkeit und Freiheit des übrigen Europa in hohem Grade gefährdenden Staates war, ist einem

ganz anderen Bilde gewichen. Die Gefährdung Deutschlands durch den Osten in seinem geographischen Bestande besteht wohl für den Augenblick, indem dieses Land geschwächt und durch die Länder der Entente niedergehalten wird, nicht, aber für die Zukunft, in der unser Land seine notwendigen Ansprüche auf bestimmte Gebiete wieder durchzusetzen imstande sein wird. Hier mag auch ein anderer Punkt Erwähnung finden, der ohne jede Unterstützung durch die dem Völkerbund zugrunde liegenden Gedanken dahin wirken wird, dem Deutschtum in den nächsten Jahrzehnten zur Unterstützung zu dienen. Ein Teil der Randvölker im Osten unserer Grenze ist durch sehr wirksame materielle Interessen darauf gewiesen, sich mit Deutschland auf ein auskömmliches Verhältnis einzurichten. Derartige Gründe sind aber wirksamer bei der Stützung eines solchen erträglichen Verhältnisses als noch so gut gemeinte Theorie.

Von Problemen, wie den hier berührten, bleibt ein beträchtlicher Teil der außereuropäischen Kulturländer bewahrt. Die Nationalitäten sind hier durchaus nicht so streng voneinander geschieden wie bei uns. Auch dafür lassen sich in den Fällen, die am meisten hervortreten, geographische Gründe anführen. Das gilt besonders von den amerikanischen Gebieten, namentlich von demjenigen ihres mächtigsten Volkes. Bei der Bedeutung dieses Unterschiedes gegenüber den bei uns herrschenden Zuständen müssen wir etwas näher auf diese Erscheinung eingehen.

Auf den ersten Blick könnte es auffallen, daß ziemlich beträchtliche Teile der Bevölkerung der Vereinigten Staaten den verschiedensten Nationen angehören, ohne daß es dort zu Bestrebungen gekommen wäre, wie wir sie bereits seit langer Zeit in den europäischen Gebieten vor sich gehen sehen. Einer der Hauptgründe ist darin zu erblicken, daß es sich um junge Länder handelt, in deren eigentümlichen wirtschaftlichen Ver-

hältnissen jene engen Beziehungen zwischen Land und Volk, oder besser zwischen der Landschaft und ihren Einwohnern noch nicht bestehen, die bei uns das Leben eines Volkes in mannigfacher Weise beeinflussen. Das, was man bei uns als alteingesessene Bevölkerung bezeichnet, fehlt naturgemäß in diesen beiden Gebieten, die Einwohner einer bestimmten Gegend sind durch die ganze Art der Kultur auch in den landsässigen Berufen an einen häufigeren und leichteren Wechsel ihres Aufenthaltsortes gewöhnt. So führt sie das Leben mit Angehörigen der verschiedensten Nationen viel leichter zusammen als in den Ländern Europas. Eine Bevölkerung, die ausschließlich einer einzigen Nation angehört, gibt es überhaupt nicht in einem größeren Teil der Union. Dazu kommen zwei andere sehr wesentliche Gründe für ein gewisses Einheitsgefühl, wenigstens bei allen Angehörigen der europäischen Rasse. Zunächst ist die Wirtschaftsweise von der Landschaft und ihren natürlichen Lebensbedingungen abhängig; nationale Einwirkungen, wie sie bei uns Europäern durch jahrhundertelange Gewohnheit und Sitte ganzen Bevölkerungen anerzogen worden sind, gibt es hier nicht. Der Deutsche, der Ire, der Engländer, ebenso aber auch der Russe und der Italiener werden sich hier viel leichter und schneller den allgemeinen Bedürfnissen des Lebens anpassen als in ihrer europäischen Heimat, wobei es nichts auf sich hat, daß die Angehörigen eines bestimmten Volkes natürlich in vielen Fällen bestimmte Berufe bevorzugen werden. Diese geben ihnen aber darum noch keineswegs die Möglichkeit, sich im geschäftlichen Verkehr und auch sonst von den Angehörigen anderer Völker fern zu halten. Sodann kommt noch folgender Punkt in Betracht. Allgemeine Verkehrssprache, die jeder dauernd im Lande Ansässige kennen muß, ist das Englische. Die Notwendigkeit, dieses zu beherrschen, ist für alle in den Vereinigten Staaten lebenden Völker die gleiche. Mö-

gen sie im übrigen noch so sehr an ihrer Muttersprache hängen und sich ihrer im Verkehr mit Landsleuten sogar recht ausgiebig bedienen, so bildet das Englische doch ein einigendes Band von außerordentlicher Stärke und Haltbarkeit. Diese Stärke beruht eben auf der unbedingten Notwendigkeit eines allgemeinen Verständigungsmittels für das geschäftliche Leben und für alle öffentlichen Angelegenheiten. Noch etwas anderes darf schließlich nicht unerwähnt bleiben. Auch bei uns in Europa werden bestimmte Sprachen von einzelnen Fremdvölkern im Interesse des geschäftlichen Verkehrs gesprochen. Sie gelten aber hier in ganz anderem Grade als erzwungenes Verkehrsmittel, als das Idiom einer herrschenden Bevölkerung gegenüber der beherrschten, worum es sich z. B. im Falle der Iren und der Engländer handelt. Davon ist hier nicht die Rede, da der in den Vereinigten Staaten einmal aufgenommene Bürger europäischer Herkunft wirtschaftlich genau entsprechend seinen Leistungen und Fähigkeiten behandelt wird, ohne Rücksicht darauf, welcher Nation er angehört. Eine gewisse Schwierigkeit bietet allerdings selbst in diesem freien Staatswesen die Einordnung fremder Rassen, doch wird diese hinsichtlich der Neger wenigstens dadurch erleichtert, daß es sich einmal auch in diesem Falle um Gebiete handelt, in denen die Farbigen auch nur einen bestimmten Teil der Gesamtbevölkerung bilden, und sodann dadurch, daß die Farbigen sowohl kulturell wie auch sprachlich vollständig anglisiert sind. Die Rolle, welche in den Vereinigten Staaten die englische Sprache als Mittel des Zusammenhalts spielt, nehmen in den übrigen selbständigen Ländern des Kontinents die beiden romanischen Sprachen Amerikas ein. Ob das dauernd in all diesen Gebieten der Fall sein wird, steht dahin. Die schon erwähnte zahlenmäßige Geringfügigkeit der weißen Bevölkerung in einzelnen Gegenden Südamerikas wird vielleicht nicht dauernd die Ent-

stehung geschlossener Sprachgebiete anderen Charakters verhindern. Doch sind das Fragen der Zukunft, die uns vom geographischen Standpunkt aus zunächst nicht interessieren. Für den Augenblick steht jedenfalls fest, daß der staatliche Charakter dieser Länder ihnen durch den Einfluß der Spanier und der Portugiesen aufgeprägt wird. Der beherrschende Einfluß allerdings, den das Englische in Nordamerika ausübt, kommt ihnen nicht zu, aber auch in Südamerika besteht vorläufig kein Gegensatz zwischen den romanischen und anderen europäischen Völkern, der in irgendeiner Weise der schroffen Trennung derselben in europäischen Ländern verglichen werden könnte.

Von den übrigen Kontinenten ist Australien in dieser Beziehung am glücklichsten daran. Hier, wie übrigens auch in Neuseeland, handelt es sich bis jetzt um ein so einheitlich besiedeltes Land, daß Konflikte von der Art, wie sie Europa augenblicklich erschüttern, so gut wie ausgeschlossen sind. Dagegen beginnen mit der Verbreitung der den Völkerbund betreffenden Gedanken in den beiden großen Kontinenten der Alten Welt diese Ideen bereits revoltierend zu wirken. Zündstoff, der namentlich das Gefüge der bisher bestehenden Kolonien zu lockern drohte, war allerdings schon seit längerer Zeit vorhanden, aber er gewinnt mit dem Ende des Weltkrieges doch erheblich an Bedeutung. Im Gegensatz zu Amerika spielen die nationalen Verschiedenheiten hier eine sehr erhebliche Rolle. Das gilt sogar von dem einzigen Lande, in welchem Nordeuropäer von verschiedener Volkszugehörigkeit ansässig sind. Die Kenntnis dieses Zustandes und seiner Ursachen ist nicht unwesentlich, da sie uns auf einen großen Unterschied zwischen der Kolonialgeschichte Südafrikas und der amerikanischen Länder führt. In der Entwicklung der amerikanischen Staaten hat allerdings auch ein Besitzwechsel zwischen verschiedenen Staaten stattgefunden, entweder ge-

hörten aber die Völker, um deren Herrschaft es sich handelte, dem gleichen Stamm an, wie bei den südamerikanischen Besitzveränderungen, oder das energische Angelsachsentum überwog auch zahlenmäßig in kurzer Zeit die fremden Volkselemente europäischer Herkunft in den neuerworbenen Gebieten. Außerdem aber spielten sich jene Konflikte in einer Zeit ab, in der die nationalen Gegensätze viel weniger scharf hervortraten, als das in den letzten Jahrzehnten der Fall ist.

In Südafrika dagegen haben sich schwere kriegerische Konflikte wiederholt und bis in die neueste Zeit abgespielt. Gleichzeitig war die holländische Bevölkerung von der englischen auch räumlich ziemlich stark gesondert. Hauptsächlich aber wirkten die ständigen Verfolgungen der niederländischen Kreise, die sich immer aufs neue der britischen Gewalt entzogen hatten, in hohem Grade erbitternd und aufreizend. So kommt es, daß der Gedanke einer „Selbständigkeit der Nationen" bei einem beträchtlichen Teil der südafrikanischen Niederländer eigentlich nie erloschen ist und daß er auch neuerdings sich in sehr greifbare Wünsche verwandelt hat. Schließlich trug selbst ein rein geographischer Bund sehr viel dazu bei, ein allmähliches Aufgehen der Holländer in der englischen Bevölkerung zu verhindern. Diese beiden Elemente sind nämlich nicht gleichmäßig über das Land verteilt, sondern sie finden sich im Transvaal und namentlich im Oranjefreistaat vorwiegend als landsässige Bewohner, während die Engländer hauptsächlich in einigen größeren Städten ansässig sind. Das gilt selbst von der überhaupt durch ein starkes Überwiegen der Niederländer in den ländlichen Distrikten ausgezeichneten westlichen Kapkolonie. Wenn sich die Bevölkerung dieser zuletzt erwähnten Striche auch loyal verhalten hat, so ist doch fraglich, ob sie sich im Falle einer Abstimmung nicht doch auf die Seite ihrer erst vor einem halben Menschenalter unterworfenen Landsleute stellen würde. Je-

denfalls kann man in diesem kultivierten Teile Afrikas mit der Möglichkeit einer staatlichen Selbständigkeit wenigstens in einigen Teilen des Landes rechnen.

Das zweite von Europäern beeinflußte Gebiet Afrikas ist in noch höherem Grade als die südafrikanischen Kolonien den Einflüssen einer scharfen Trennung der Bevölkerung unterworfen. In Südafrika handelt es sich wenigstens um zwei blutsverwandte Völker desselben Kulturkreises, denen die Masse der farbigen Bevölkerung mit ihrer recht geringen Gesittung vorläufig noch ohne besonderen Einfluß gegenübersteht. Anders in Nordwestafrika, wo wir neben der vorwiegend romanischen Kolonistenbevölkerung eine recht erhebliche, unter Einrechnung Marokkos sogar an Zahl völlig überwiegende Einwohnerschaft vorfinden, die sich in Sprache, in ihrer Religion und in ihrer keineswegs zu unterschätzenden Halbkultur durchaus von den europäischen Machthabern unterscheidet, denen sie außerdem zum großen Teil wenig wohlwollend gesinnt ist. Mit diesen beiden Kolonien ist indessen nicht einmal für Afrika die Zahl derjenigen Länder erschöpft, die auf Grund des vom Präsidenten Wilson aufgestellten Planes eine selbständige Stellung anstreben. Um nur das wichtigste der übrigen afrikanischen Gebiete zu nennen, Ägypten, so erstrebt auch dieses nach Kräften ein Freikommen von der englischen Bevormundung. Nun enthält jenes Programm in der Tat nichts über die Kulturstellung der zu einem Völkerbunde zu vereinigenden Länder. Es ist wohl keine Frage, daß die wirtschaftliche und die gesamte kulturelle Leistung eines uralt historischen Landes wie Ägypten in der Tat denselben Anspruch auf Berücksichtigung geltend machen kann, wie etwa einer der von zahlreichen Halbindianern bewohnten, noch sehr jugendlichen Staaten des tropischen Amerika. Daß die englische Herrschaft bei alledem viel für ein solches Land zu tun vermag, soll durchaus nicht bestritten werden. Darum

handelt es sich aber in diesem Falle für uns nicht, wir haben uns nur damit zu beschäftigen, daß ein Volk, welches auf Grund seiner eigenen Kultur und seiner selbständigen Nationalität die Herrschaft in seinem Lande beansprucht, hier und an anderen Stellen der Alten Welt sich tatsächlich unter der Herrschaft eines fremden Volkes befindet. Zu einem Urteile im geographischen Sinne dürfen wir uns in diesem Falle nur für berechtigt halten, wenn wir die Art und Weise der Besiedelung streitiger Gebiete einer gewissenhaften Prüfung unterziehen. Für das außertropische Südafrika, soweit es seit einiger Zeit unter britischer Herrschaft steht, ist das eben geschehen. Viel ungünstiger als für die Engländer liegt die Sache in Nordwestafrika für die Franzosen, doch auch dort wird man diesen nach ihren bisherigen Leistungen für die Besiedelung und die Kultivierung des Landes ein Recht auf den Osten der Atlasländer kaum absprechen können. Dasselbe Recht haben wir freilich mit allem Nachdruck in unserer einzigen für eine Abstimmung im Völkerbunde in Frage kommenden Kolonie Südwestafrika für die weißen Bewohner des Landes zu beanspruchen. In Ägypten dagegen liegt die Sache für die Engländer anders. Als Bewohner kommen sie nicht einmal unter den an Zahl völlig zurücktretenden europäischen Einwohnern des Landes in Betracht, hier müßte man also, wenn man ein Recht der Engländer auf den Besitz Ägyptens konstruieren will, zu dem gewaltsamen Mittel greifen, die Kultur der höheren Klassen in diesem Lande niedriger einzuschätzen als die vieler anderer Völkerschaften, die man ohne weiteres als durchaus berechtigt zur Teilnahme an jenem Bunde ansieht.

Noch eine andere Stelle kann einen Anspruch auf Berücksichtigung als selbständiges Gebiet erheben. Das Hochland von Abessinien ist zwar augenblicklich in seiner Kultur stark von der Höhe herabgesunken, die es in den ersten Jahr-

hunderten unserer Zeitrechnung eingenommen hat. Bei der Begabung des Volkes und in Anbetracht des Umstandes, daß dieses schon in einer Zeit zum Christentum bekehrt war, in welcher der größte Teil von Europa noch heidnisch war, läßt sich annehmen, daß es bei der beginnenden engeren Berührung mit dem Europäertum sehr schnell eine weit größere Höhe der Kultur erreichen wird, als es sie heute einnimmt. Es wäre daher sehr unangebracht, diesem Lande seine Selbständigkeit zu nehmen. Da es sich für uns vorwiegend um geographische Begründungen handelt, sei noch etwas anderes erwähnt. Gerade Abessinien ist bei seiner eigenartigen Natur außerordentlich schwer einer Fremdherrschaft zu unterwerfen. Mit der steigenden Europäisierung der Einwohner wird dies Gebiet mehr als alle anderen Teile Afrikas bei einer Vernichtung seiner Selbständigkeit zu Unruhen und Aufständen neigen, zu deren Unterdrückung beträchtliche Machtmittel nötig sein würden. An seiner friedlichen Entwicklung haben aber gerade die europäischen Industrievölker ein großes Interesse. Gerade im Hinblick auf die wirtschaftlichen Aussichten Europas in Nordostafrika ist dringend zu wünschen, daß dem Lande ein gewisser Grad von Selbständigkeit erhalten bleibt, bei dem der kulturelle Einfluß Europas entschieden bessere Früchte tragen wird als im Falle einer Unterdrückung durch die benachbarten Kolonialgebiete.

Auch Asien stellt uns vor einige höchst wichtige Probleme, die schon seit längerer Zeit vorhanden sind, die aber durch die Entwicklung der allerletzten Zeit den Charakter höchster Aktualität erhalten haben. Einigermaßen schwierig wird ihre Entscheidung dadurch, daß es sich im Gegensatz zu den nordafrikanischen Gebieten um Länder sehr alter und teilweise recht beträchtlicher Kultur handelt. Unter den Ländern, die das Fernbleiben europäischer Herrschaft erwarten, sind allerdings auch diejenigen vorderasiatischen Länder zu nennen,

die erst jetzt in den Bereich europäischen Einflusses gelangen. Es ist keine Frage, daß auf die Dauer auch das Osmanentum sich kaum als politisch abhängiges Land behandeln lassen wird. Leichter würde das schon aus geographischen Gründen den maßgebenden europäischen Mächten bei den Bewohnern Arabiens fallen, wozu schon der Steppen- und Wüstencharakter der riesigen Halbinsel beiträgt. Aber hier mahnt ein anderer Grund die politisch maßgebenden europäischen Kreise, in erster Linie also England, zu größter Vorsicht. Der Grund ist zwar nicht eigentlich geographisch, muß aber an dieser Stelle erwähnt werden. Hier, im zentralen Westarabien, liegt die heilige Landschaft des Mohammedanismus. Bei der augenblicklichen Stellung dieser Religion gegenüber der siegreich gebliebenen christlichen Welt und bei einer Ausdehnung der europäischen Vorherrschaft auf diese Länder kann sich nur zu leicht das umgekehrte Bild entwickeln, wie es das Mittelalter im Norden Vorderasiens sich abspielen sah. Eine Betonung der maßgebenden Stellung des christlichen Europa in Mekka und Medina könnte bei der geringsten Veranlassung leicht dazu führen, daß sich hier Kämpfe von einer ähnlichen Dauer und Nachhaltigkeit entwickeln, wie die Vorfahren der heutigen Sieger sie in Vorderasien so mehrere Menschenalter hindurch haben auskämpfen müssen, ohne daß ihre Reiche irgendeinen greifbaren Nutzen davon gehabt hätten.

Auch die Staaten des übrigen Vorderasien werden in den Bestimmungen des Völkerbundentwurfs einen wesentlichen Schutz ihrer Interessen gegen mehr oder weniger verschleierte Annexionsversuche erblicken. In einigen von ihnen, besonders in Persien, ist die Überlieferung einer früheren Zeit der Größe und Bedeutung noch durchaus nicht erloschen. Schließlich ist auch nicht einzusehen, ob bei der Durchführung der von Amerika vertretenen Pläne einer freieren Durchführung von Handel und Verkehr der Anreiz, derartige Gebiete verhält-

nismäßig kultivierter Völker, namentlich solcher, die eine historische Tradition besitzen, unter europäische Herrschaft zu bringen, nicht wesentlich geringer werden wird, als er bisher war.

Wir kommen nunmehr zu dem wichtigsten aller außereuropäischen Staaten und Kolonien, für welche die eben erwähnten Pläne das Streben nach politischer Selbständigkeit aufs neue belebt haben. Verschiedene Dinge deuten darauf hin, daß die veränderten Verhältnisse der letzten Zeit geeignet sind, der englischen Regierung mancherlei Schwierigkeiten zu bereiten. Wir müssen berücksichtigen, daß der maßgebende Teil der Bevölkerung, die arischen Inder, nicht nur ein geographisch geschlossenes Gebiet von außerordentlicher Größe bewohnt, sondern daß die Zahl dieses geistig den Europäern fast gleichzuschätzenden Elements so zahlreich ist, daß es fast unmöglich erscheint, sie auf die Dauer zu beherrschen. Die Menge dieser reinblütigen Inder, die allerdings nicht in dem Sinne ein Volk mit einerlei Sprache bilden, die aber politisch und in ihrer religiösen Einheit gegen das Europäertum höchst wahrscheinlich zusammenstehen würden, ist der Hälfte der gesamten Einwohner von Europa gleichzuschätzen. Bei dem immer stärker erwachenden Gefühl der gebildeten Asiaten für eine selbständige Stellung ihrer Länder ist überhaupt anzunehmen, daß alle kultivierten Bewohner des indischen Reiches für eine selbständige Stellung dieses großen Gebiets eintreten werden. Jedenfalls ist sicher, daß die Änderungen, die sich auch auf asiatischem Boden vorbereiten, zum mindesten eine freiere Stellung dieser weiten Länder zur Folge haben dürften, als sie ihnen bisher zuteil geworden ist.

Im Hinblick auf all die politisch geographischen Änderungen, die sich als dauernde Folge des Krieges vorbereiten, wenn sie auch noch einige Zeit zu ihrer endgültigen Festlegung

bedürfen werden, muß betont werden, daß die weiteren, in dem politischen Plan der Kulturstaaten, wie er seinen Ausdruck im Statut des Völkerbundes findet, eine nationale und geographische Trennung bisher zusammengehöriger Länder zu mildern geeignet sind. Dahin gehören einige jener Maßnahmen, die oben besprochen sind und die alle den Zweck verfolgen, eine Erleichterung des internationalen Verkehrs und Handels herbeizuführen. Die in diesem Buche an der erwähnten Stelle besprochenen Fragen werden dem Leser zeigen, daß die politische Geographie, wenn auch in anderem Sinne, als man früher annahm, sehr entschieden den Anspruch erheben kann, bei ihrer Entscheidung mitzuwirken.

Regiſter

inien 30, 66, 90 f.
ı 17.
a 27 ff., 39 f., 48, 51 ff.,
f., 58, 60.
ten 35, 70, 71, 89 f.
zonenſtrom 27.
n 27.
ien 92.
ntinien 8, 20, 49, 57.
alien 20, 45, 46, 57, 87.

lonien 70.
n 25.
ien 52, 80.
ıe 29.
nen 82.
ıien 27.
ilien 8, 10 f., 69.
ſches Reich 9, 12, 59.
ſch-Nigerien 29.
ſch-Oſtafrika 66.
arien 83.

a 10, 19, 64, 71.

ſchland 7, 10, 12, 16,
, 24 f., 41, 58, 60, 61,
ff., 81 f., 84.
nu 22 ff., 74.
ıan 66.

dor 27.
and 73:
a. Großbritannien.

kfurt 12.
kreich 8, 10, 25, 29,
, 52, 60 f., 72 f., 79.

ıbritannien 8, 10, 14,
, 18 f., 45 ff., 48, 49,
ff., 59, 60, 61, 68, 80.

eſtädte 7, 68.

n 18 f., 48.
48.

Indien 45, 48, 93.
Indiſcher Ozean 31.
Irland 80.
Italien 10, 17, 79.

Kamerun 29.
Kanada 46, 47.
Kapkolonie 88.
Kolumbien 27.
Kongo 32, 38 f., 52, 53.
Korea 19.

Marokko 89.
Meſopotamien 35.
Mittelmeer 25, 29.

Neuſeeland 46, 87.
New Orleans 66.
Niederlande 10, 61 f., 68.
Niger 28 f.
Nil 29 ff., 36.
Nordſee 25.
Nordweſtafrika 89, 90.
Nordweſtindien 35.
Norwegen 14, 17.
Nyaſſaſee 31.

Oranjefreiſtaat 88.
Orinoco 27.
Öſterreich 22, 74.
Öſterreich-Ungarn 10, 16, 82.
Oſtpreußen 41, 82.

Paraguay 27.
Perſien 92.
Peru 27.
Polen 81 f.
Portugal 49, 52.
Poſen 81.
Preußen 7, 47, 75 f.

Rhein 24 ff., 38, 74.
Rhone 25
Römiſches Reich 9.

Rumänien 24, 82.
Rußland 8, 9, 10, 15, 42, 44, 83 f.

Saint Louis (in Miſſouri) 66.
Sambeſi 31 f.
Schleswig 81.
Schottland 73.
Schweden 10.
Schweiz 10, 17, 24 f., 80.
Serbien 17.
Shire 31.
Sibirien 8, 42.
Siebenbürgen 81.
Skandinavien 68, 81.
Sobat 30.
Spanien 49, 79.
Stanley-Pool 32.
Südafrika 45, 46, 65, 66, 88.
Südamerika 26 f., 49 f., 86 f., 88.
Sudan 28, 39.
Südaſien 58, 61.
Südeuropa 64.
Südweſtafrika 90.
Suezkanal 29.

Transvaal 88.
Trieſt 16.
Tſchechiſch-ſlowakiſcher Staat 16, 81 f.
Türkei 92.
Turkeſtan 35.

Ungarn 16, 74, 81.

Vereinigte Staaten von Nordamerika 11, 15, 42 ff., 47, 49 f., 57, 58, 66, 84 ff., 88.
Vorderaſien 68, 83, 91 f.

Weichſel 26.
Weſtpreußen 26, 82.
Weſtſudan, franzöſiſcher 29.

In der **Sammlung Göschen** erschienen von dem gleichen Verfasser:

Allgemeine Verkehrsgeographie

(Nr. 834)

Allgemeine Wirtschaftsgeographie

(Nr. 835)

Ferner erschien in unserem Verlage:

Allgemeine Verkehrsgeographie

Von

Dr. Kurt Hassert,

Professor an der Handelshochschule in Köln

Mit 12 Karten und graphischen Darstellungen.

8°. VIII, 494 S. Preis: brosch. 10 — M.; geb. 14.— M. und 100% Verleger-Teuerungszuschlag.

Ein sorgfältig abgefaßtes, großzügig konzipiertes Werk, das Fr. Hahn „ebensowohl ein Buch zum Nachdenken wie zum Nachschlagen" genannt hat.

VEREINIGUNG WISSENSCHAFTLICHER VERLEGER

WALTER DE GRUYTER & CO., vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung / J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung / Georg Reimer / Karl J. Trübner / Veit & Comp.

Berlin W 10

VWV

565422
G
D
Dove, Karl
Allgemeine politische Geographie.

UNIVERSITY OF TORONTO
LIBRARY

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET